

Degrowth-Konferenz

Leipzig 02.09.-06.09.2014

Profitfreie Räume und die erforderlichen Entscheidungsstrukturen

Wolfgang Fabricius

Attac-AG, Forum und Akademie Solidarische Ökonomie

<http://www.reproduktionsökonomie.de>

Inhaltsübersicht

1. Der Kapitalismus
2. Theorie einer Gegenstrategie
3. Entscheidungsstrukturen
4. Entfaltung der Solidarwirtschaft
5. Aktuellere Projekte

1. Der Kapitalismus

Das Marx'sche Wertgesetz im Produktionsbereich

$$W = c + v + m$$

Der Wert/Endverbraucherpreis einer
Ware oder Dienstleistung (W)
setzt sich aus
dem konstanten Kapital (c),
dem variablen Kapital (v) und
dem Mehrwert (m)
zusammen.

Ausbeutung

Im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels
1848 geschrieben:

"Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt bekommt, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw."

Leider haben sie sich um diesen Bereich der Ausbeutung nicht gekümmert, im Gegenteil, sie warnten sogar vor Verbraucher-Initiativen der Daseinsvorsorge. Es hat wohl deshalb praktisch die gesamte Linke eine bedenkliche Schiefelage: sie kümmert sich ausschließlich um die Arbeit, den Betrieb und die Produktion und nicht um das Leben, das Zuhause und die Reproduktion.

Das Marx'sche Wertgesetz im Reproduktionsbereich

$$W = c + v + m$$

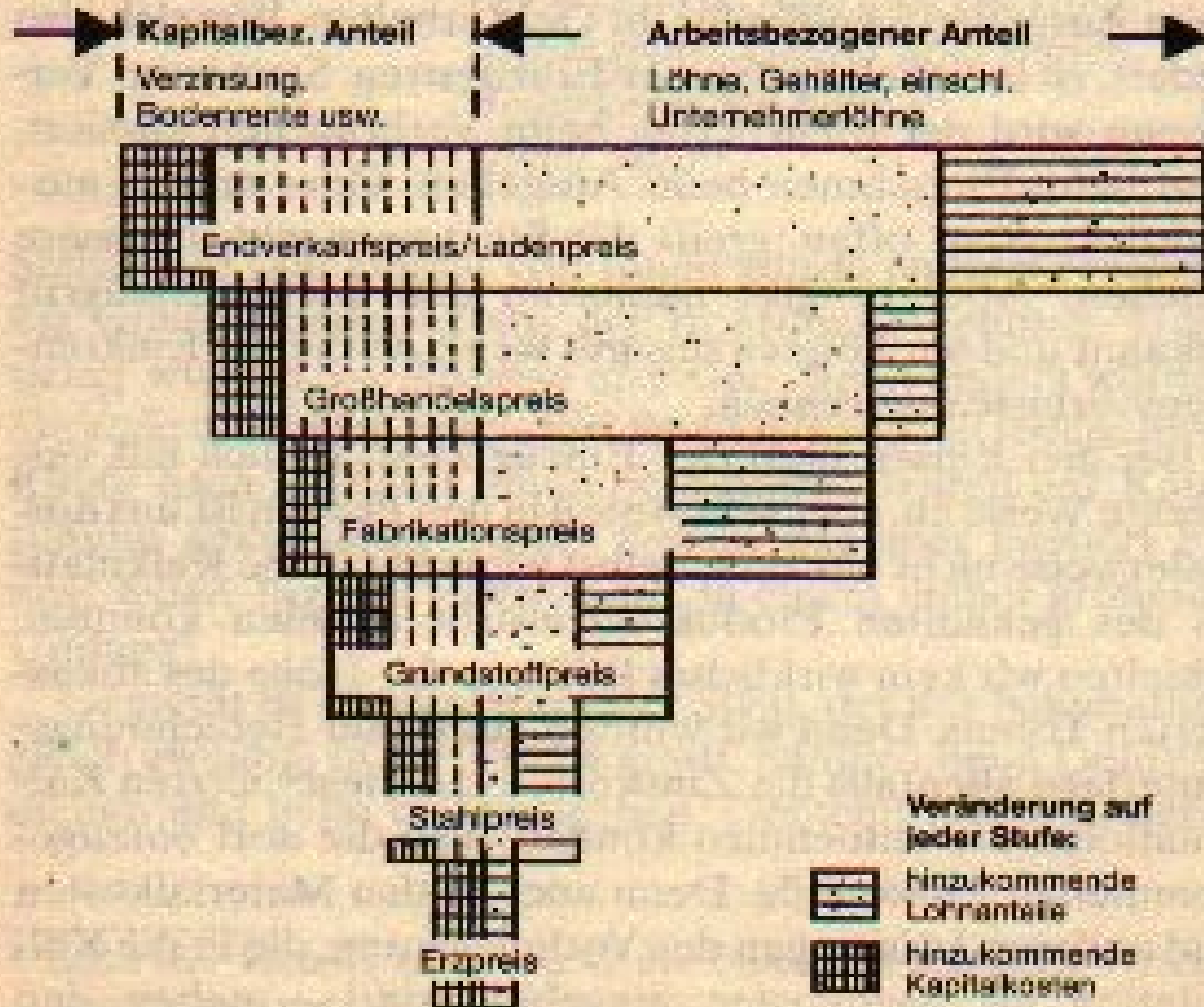
Der Wert/Endverbraucherpreis einer
Ware oder Dienstleistung (W)
setzt sich aus
dem konstanten Kapital (c),
dem variablen Kapital (v) und
dem Mehrwert (m)
zusammen.

Produktionskette/-netz

Der Mehrwert (m) addiert sich in der Produktionskette und fließt in das c der nächsthöheren Stufe. Im Mittel macht er nach Helmut Creutz etwa 40% der Endverbraucherpreise (W) aus.

$$\begin{array}{c} W = c + v + m \\ \uparrow \\ W' = c + v + m \\ \uparrow \\ W'' = c + v + m \\ \uparrow \\ W''' = c + v + m \\ \uparrow \\ W'''' = c + v + m \end{array}$$

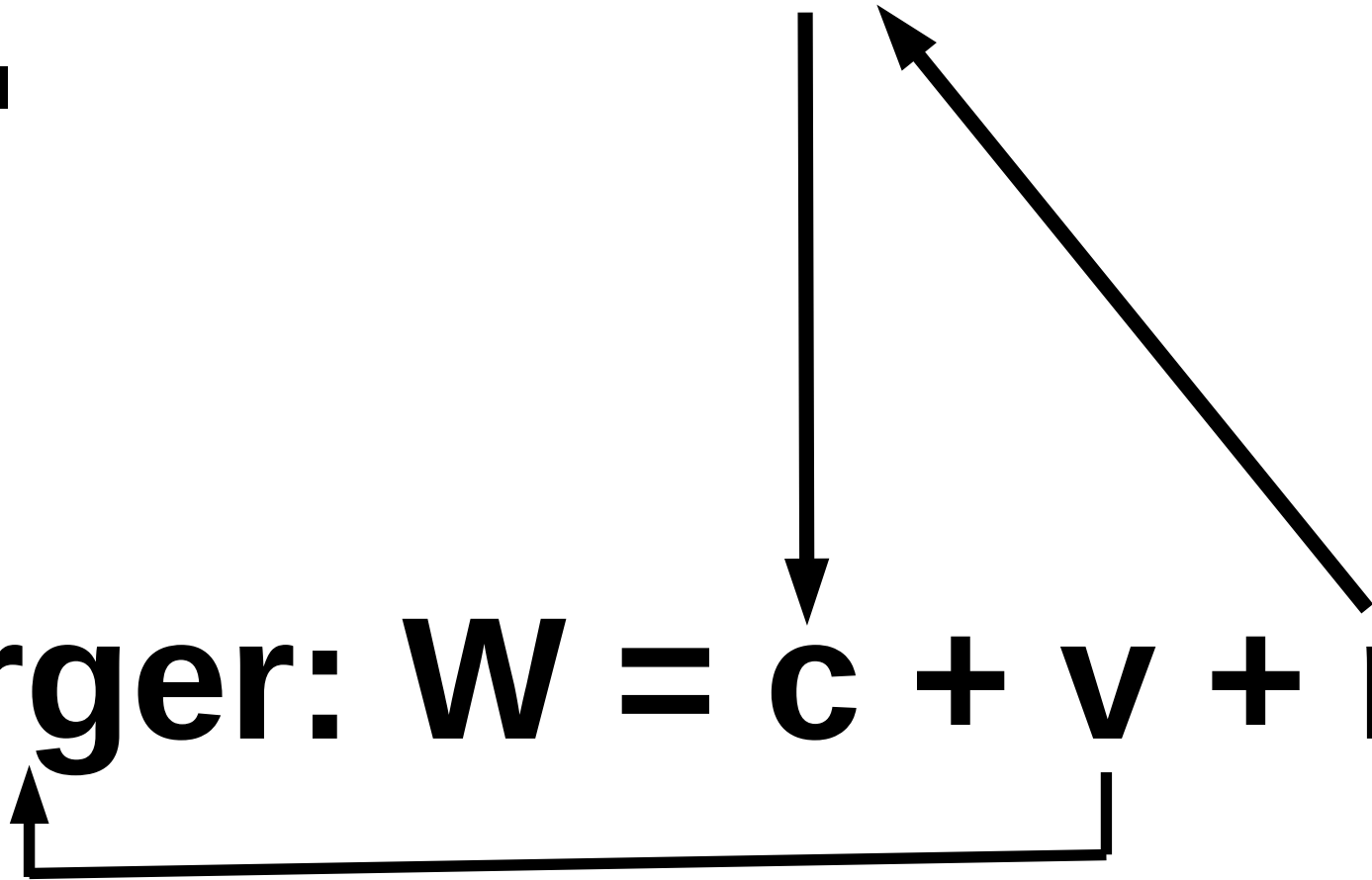
Akkumulation der kapital- und arbeitsbezogenen Kosten am Beispiel eines Stahlproduktes mit fiktiven Größen



Investor: $G \rightarrow G'$

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert/Preis
**c: konstantes
Kapital**
**v: variables
Kapital**
m: Mehrwert

Bürger: $W = c + v + m$



Gier, Angst oder nüchterne Vorsorge?

Der Mensch durchläuft in seinem Leben drei Grundphasen: in der ersten Phase, der Kindheit und Jugend, braucht er mehr von der Gesellschaft, als er ihr geben kann, in der zweiten Phase, der Lebensmitte, gibt er ihr mehr, als er von ihr braucht und in der dritten Phase, dem Alter, ist es wieder umgekehrt.

Ein großes Problem ist der Überschuss in Phase zwei: Er wird in der Regel als kapitalgedeckte Alterssicherung gespeichert. Die dadurch sich aufhäufenden Kapitalmassen werden über Versicherungen, Banken und Fonds auf den Finanzmärkten eingesetzt und kommen dann als „Heuschreckenkapital“ zurück.

Gelöst würde dieses Problem durch geeignete Projekte, in die direkt investiert werden kann und aus denen diese Investitionen bei Bedarf wieder abrufbar sind.

10 Das wäre z.B. über Geschäftsanteile bei Genossenschaften möglich, die eine geregelte Verwaltung der Finanzen bieten.

„Pensionsfonds-Sozialismus“

(Peter F. Drucker: *The Unseen Revolution*, 1976
deutsch: *Die unsichtbare Revolution*. Econ 1977, Knaur 1979)

Seit 1860 erfolgt die Alterssicherung in den USA kapitalgedeckt über Pensionsfonds, von denen in der Regel Staatsanleihen erworben wurden. Weil es unvertretbar sei, dass die Pensionsfonds den Staat so hoch verschulden, hat **Charles Wilson**, Präsident von General Motors, 1950 für die Erwerbstätigen Pensionsfonds als Investment-Trusts durchgesetzt, die in Industrieaktien investieren sollten.

(Damit wurden allerdings die Altersanwartschaften vom Staat auf die Industrie übertragen und mit der Finanz- und Wirtschaftskrise (2005-09) sitzen die amerikanischen Rentner jetzt buchstäblich auf der Straße.)

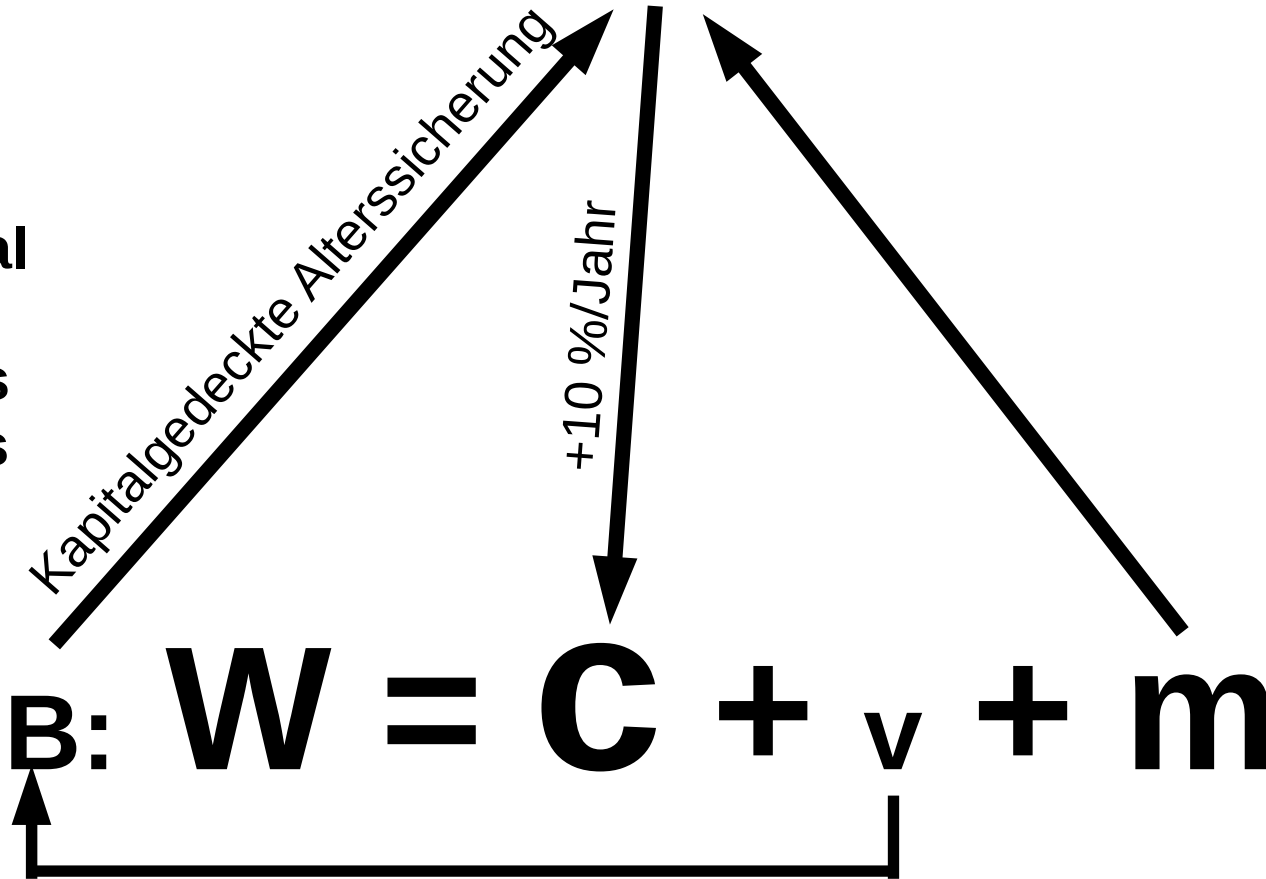
1976 besaßen die **Erwerbstätigen** in den USA über diese Pensions-Fonds bereits mehr als **ein Drittel** des Eigenkapitals der Amerikanischen Wirtschaft. Dieser Anteil sollte nach Drucker

bis zur Jahrtausendwende weit über **zwei Drittel** betragen.

Drucker wörtlich: *„Den Pensions-Fonds wird, mit Ausnahme des landwirtschaftlichen und staatlichen Sektors, bis dahin praktisch ganz Amerika »gehören«, und für die beiden ausgenommenen Bereiche werden sie eine wichtige Finanzierungsquelle sein.“*

$$I: G \rightarrow G'$$

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert/Preis
c: konstantes
Kapital
v: variables
Kapital
m: Mehrwert



Bank- und Finanzmarktreformen

Aufhebung des Goldstandards:

1971 Ankündigung und 1973 Freigabe der Wechselkurse in den USA unter Nixon.

1976: Shareholder Value-Kriterien

1999: **Aufhebung des Glass-Steagall-Acts** von 1933, der institutionellen Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäft vom Wertpapiergeschäft unter Clinton.

2004: Die rot-grüne Koalition unter Kanzler Schröder lässt auch in Deutschland **Hedgefonds und den erweiterten Handel mit spekulativen**

Derivaten zu.

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert
**c: konstantes
Kapital**
**v: variables
Kapital**
m: Mehrwert

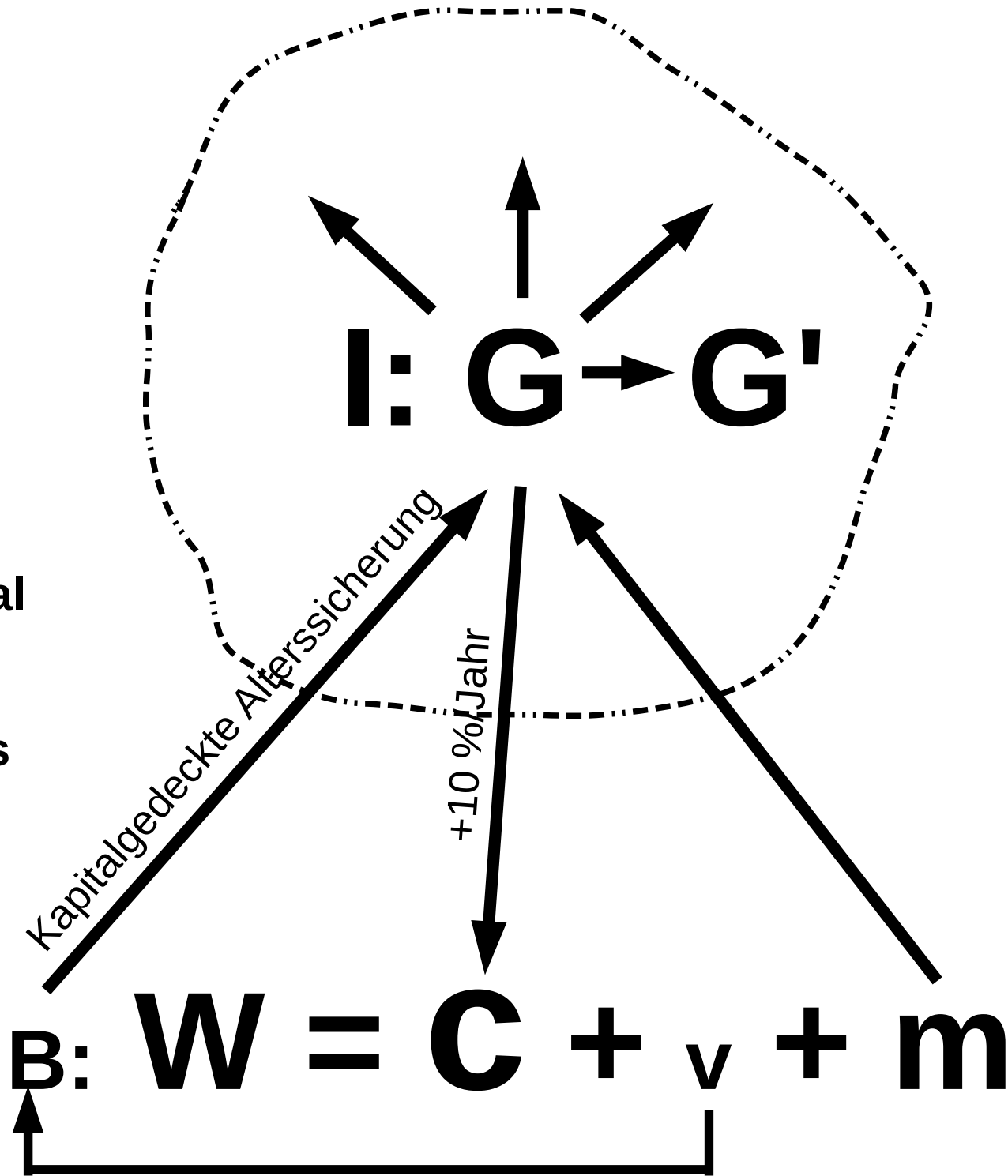
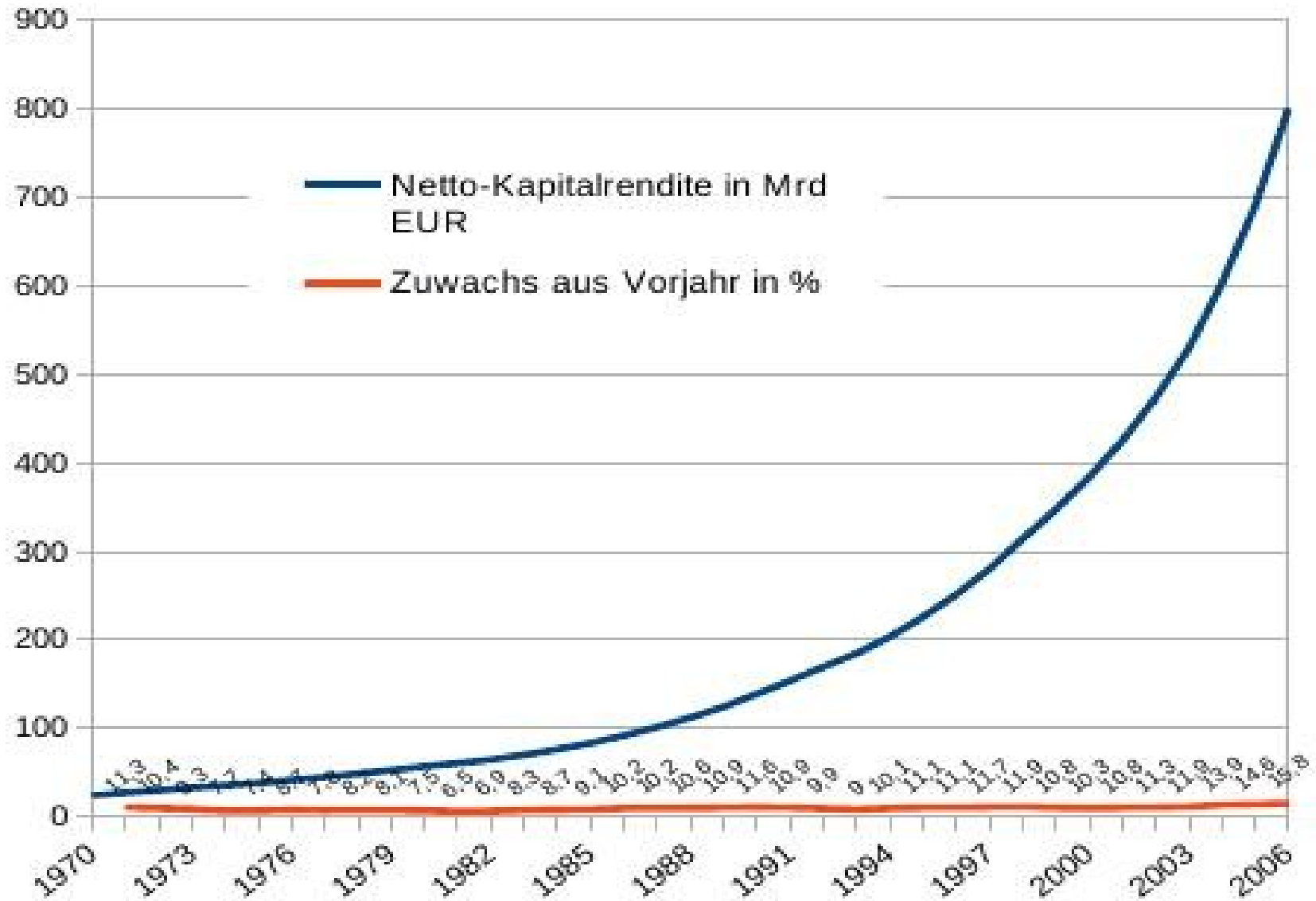


Tabelle 37: Entwicklung der Brutto- und Netto-Kapitalrente ¹⁾
Westdeutschland und Deutschland

	Jahr	Brutto-Kapitalrendite in v.H.		Netto-Kapitalrendite in v.H.	
		Westdeutschland	Deutschland	Westdeutschland	Deutschland
71	1971	15,6		11,3	
72	1972	15,2		10,4	
73	1973	14,5		9,3	
74	1974	12,5		7,7	
75	1975	11,8		7,4	
76	1976	13,3		8,7	
77	1977	13,0		7,8	
78	1978	13,5		8,2	
79	1979	13,3		8,1	
80	1980	12,2		7,5	
81	1981	10,7		6,5	
82	1982	10,8		6,9	
83	1983	12,3		8,3	
84	1984	12,7		8,7	
85	1985	13,4		9,1	
86	1986	14,5		10,2	
87	1987	14,2		10,2	
88	1988	14,9		10,6	
89	1989	15,3		10,9	
90	1990	15,8		11,6	
91	1991	15,4	14,6	11,3	10,9
92	1992		13,6		9,9
93	1993		12,3		9,0
94	1994		13,1		10,1
95	1995		13,8		11,1
96	1996		14,1		11,1
97	1997		14,7		11,7
98	1998		15,1		11,9
99	1999		14,5		10,8
00	2000		14,2		10,3
01	2001		13,6		10,8
02	2002		14,0		11,3
03	2003		14,8		11,9
04	2004		17,1		13,9
05	2005		18,2		14,6
06	2006		20,0		15,8

1) Gewinne der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung und Bundesbank in v.H. des Nettoanlagevermögens; ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte
 Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Netto-Kapitalrendite (Görgens - DGB)



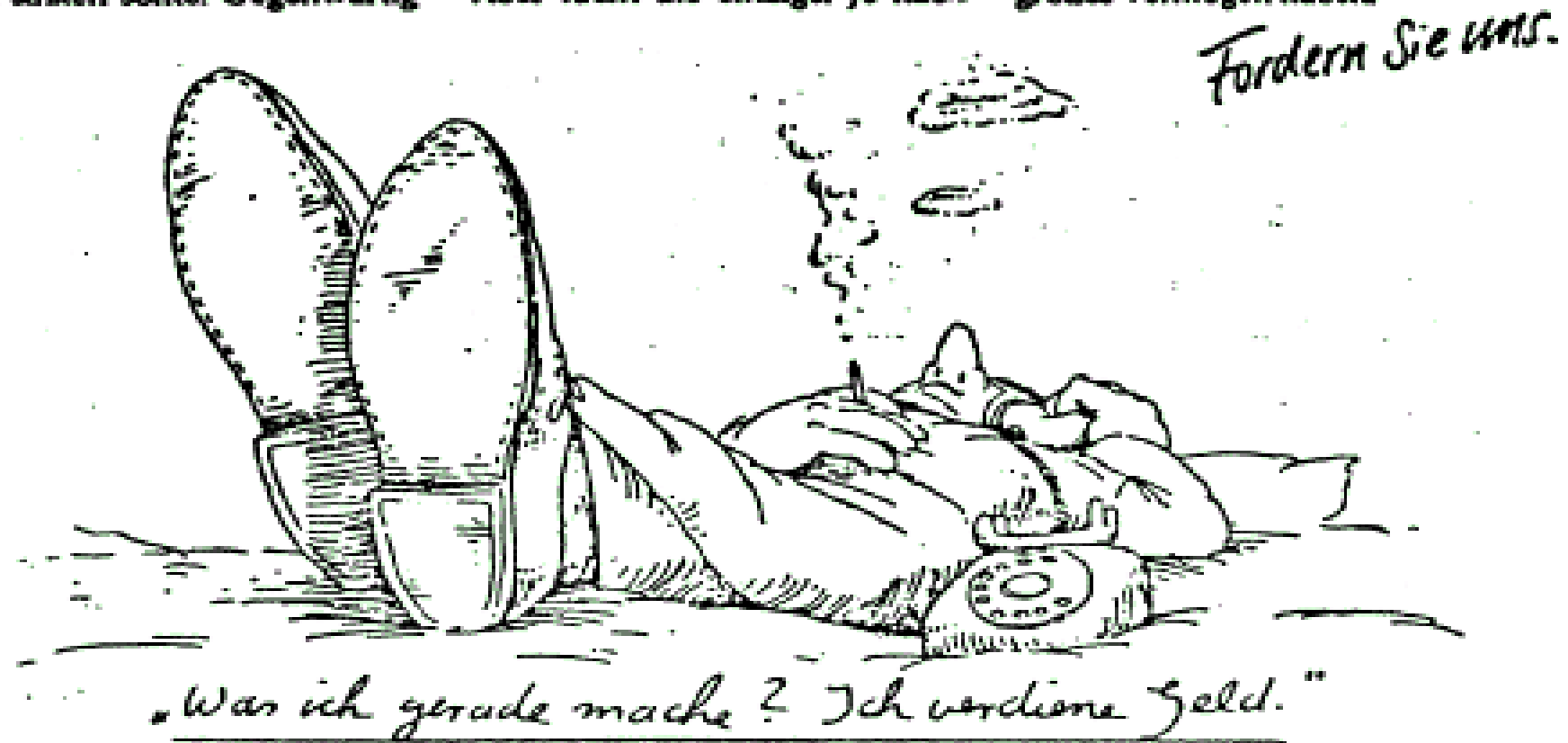
Wie Sie zu Geld kommen, ohne einen Finger krumm zu machen.

Bereits mit 1.000 Mark können Sie einen BfG:Kapitalsparbrief kaufen. Vier Jahre lang bekommen Sie feste und zugleich hohe Zinsen, die sich nicht ändern, auch wenn das allgemeine Zinsniveau sinken sollte. Gegenwärtig

liegt der Zinssatz bei neun Prozent jährlich.

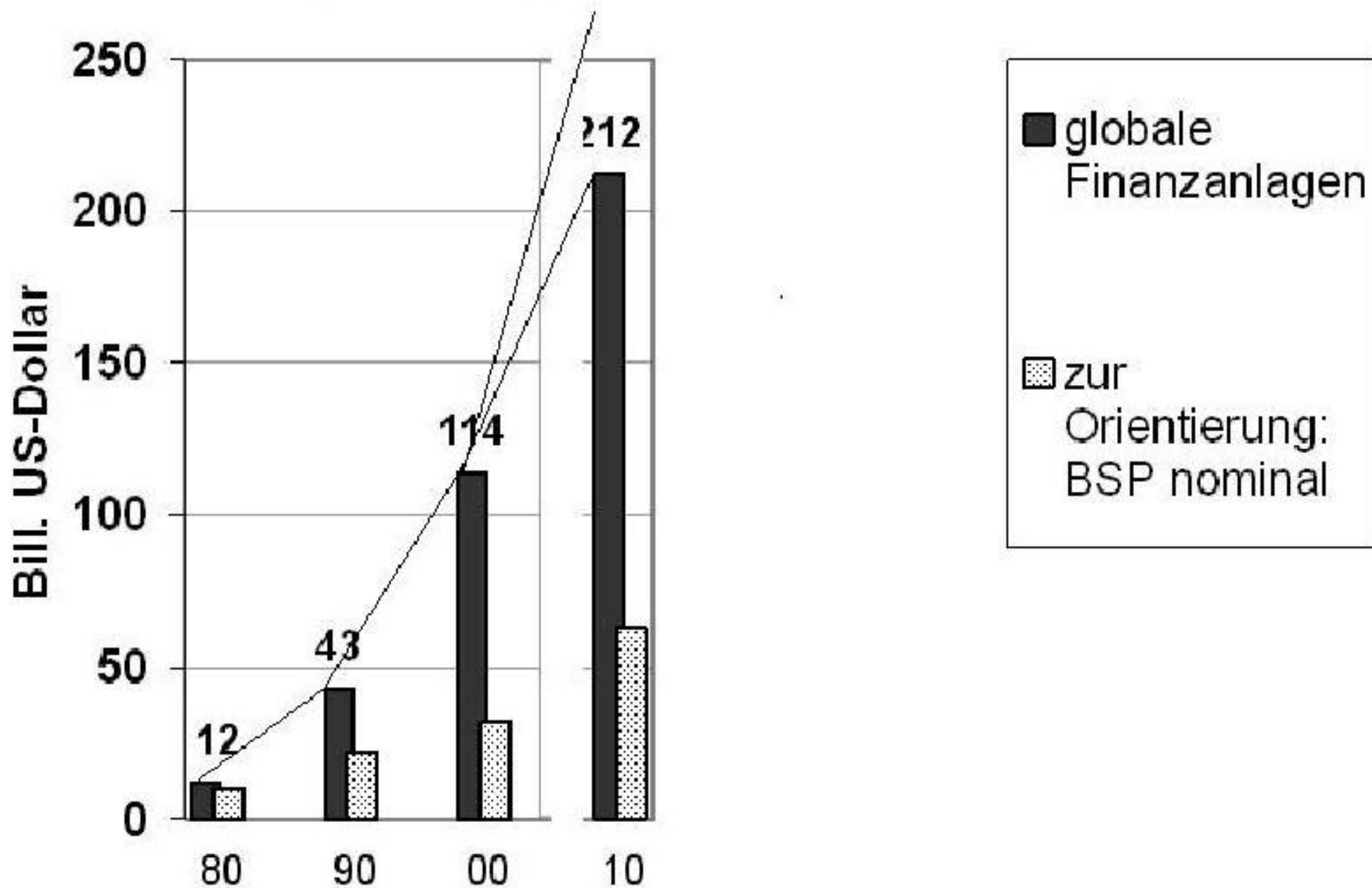
Der BfG:Kapitalsparbrief ist eine Möglichkeit, wie Sie bei uns Ihr Geld ohne ein Kursrisiko mit guten Renditen anlegen können. Aber nicht die einzige: Je nach

Ihrer persönlichen Situation und Ihren Anlagezielen gibt es verschiedene Wege, Ihr Geld etwas dazuverdienen zu lassen. Wir rechnen das gern mal mit Ihnen durch – auch wenn Sie kein großes Vermögen haben.



BfG:Die Bank für Gemeinwirtschaft.

Anlagevermögen weltweit 1980–2010



Quelle: Mc.Kinsey Global Insitut, Fifth annual report 2008.

US-Konjunktur

Claudio Borio, Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Zentralbank der Zentralbanken, hat ein Schaubild angefertigt, das die Schwankungen des Bruttoinlandsproduktes (grau) und des Finanzmarktsektors (rot) zeigt. Die rote Kurve, die bislang wenig Beachtung fand, schlug wegen der Kapitalmarktregulierung bis in die 80er Jahr nur wenig aus, ist aber durch Liberalisierung und Globalisierung außer Kontrolle geraten. Um die Realwirtschaft zu regulieren, wurden die Zinsen gehoben oder gesenkt und führten zu gegenläufigen Entwicklungen auf den Finanzmärkten und zu entsprechenden Bankenpleiten, die allerdings aus der Realwirtschaft, also durch den Bürger, finanziert werden müssen.



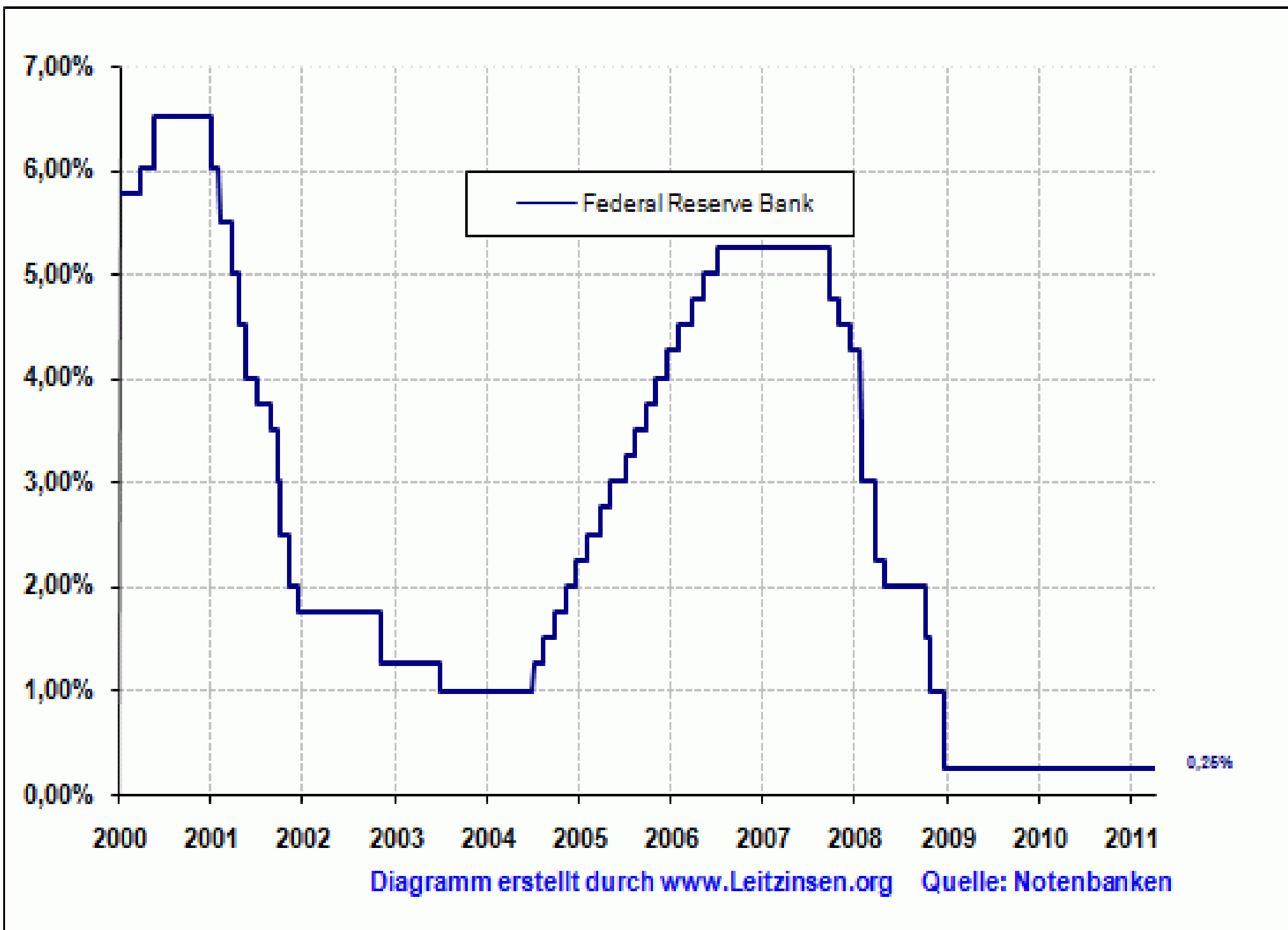


Diagramm erstellt durch www.Leitzinsen.org Quelle: Notenbanken

Bedarfsweckung statt Bedarfsdeckung

Die Nettokapitalrendite betrug in Deutschland u.a. laut DGB seit 1950 im Mittel etwa 10% pro Jahr. Um wenigstens ein lineares Wirtschaftswachstum zu erzielen, mussten die Bürger veranlasst werden, einerseits entsprechend intensiv zu produzieren und andererseits ebenso intensiv zu konsumieren.

Auf der Seite der Produzenten wurde also die Produktivität durch Rationalisierung, Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität gesteigert.

Auf der Seite der Konsumenten folgte, als in den 50er Jahren die **Bedarfsdeckung** erreicht war, über eine immer raffiniertere Werbung eine **Bedarfsweckung** (selbst im Haushalt wurde z.B. aus der Hausfrau eine Frau Saubermann und aus der Frau Saubermann die Frau Keimfrei gemacht), dazu kam die **Ex-und-Hopp-Produktion** (es wurden in die Produkte gezielt Verschleißfaktoren eingebaut sowie Einweg- und Wegwerfartikel produziert).

Um mehr kaufen zu können, sollten die Konsumenten sich **verschulden** (selbst zinsfreie Kredite wurden und werden gewährt).

Der **Export** brachte zusätzliche Gewinne und durch die **Globalisierung**, mit der selbst die Staaten Konkurrenten zueinander wurden, konnte die Ausbeutung der Realwirtschaft bzw. des Bürgers noch weiter perfektioniert werden.

Auch wurden **Gesetze** erlassen, um die Menschen zum Kauf zu animieren (Abwrackprämie) bzw. zu zwingen (Sparlampe).

Statt die Bedarfsweckung in den Luxusregionen unseres Erdballs weiter zu perfektionieren, sollte die Bedarfsdeckung aller Menschen erreicht werden.

Wachstum und Geldvermögen

Schemadarstellung

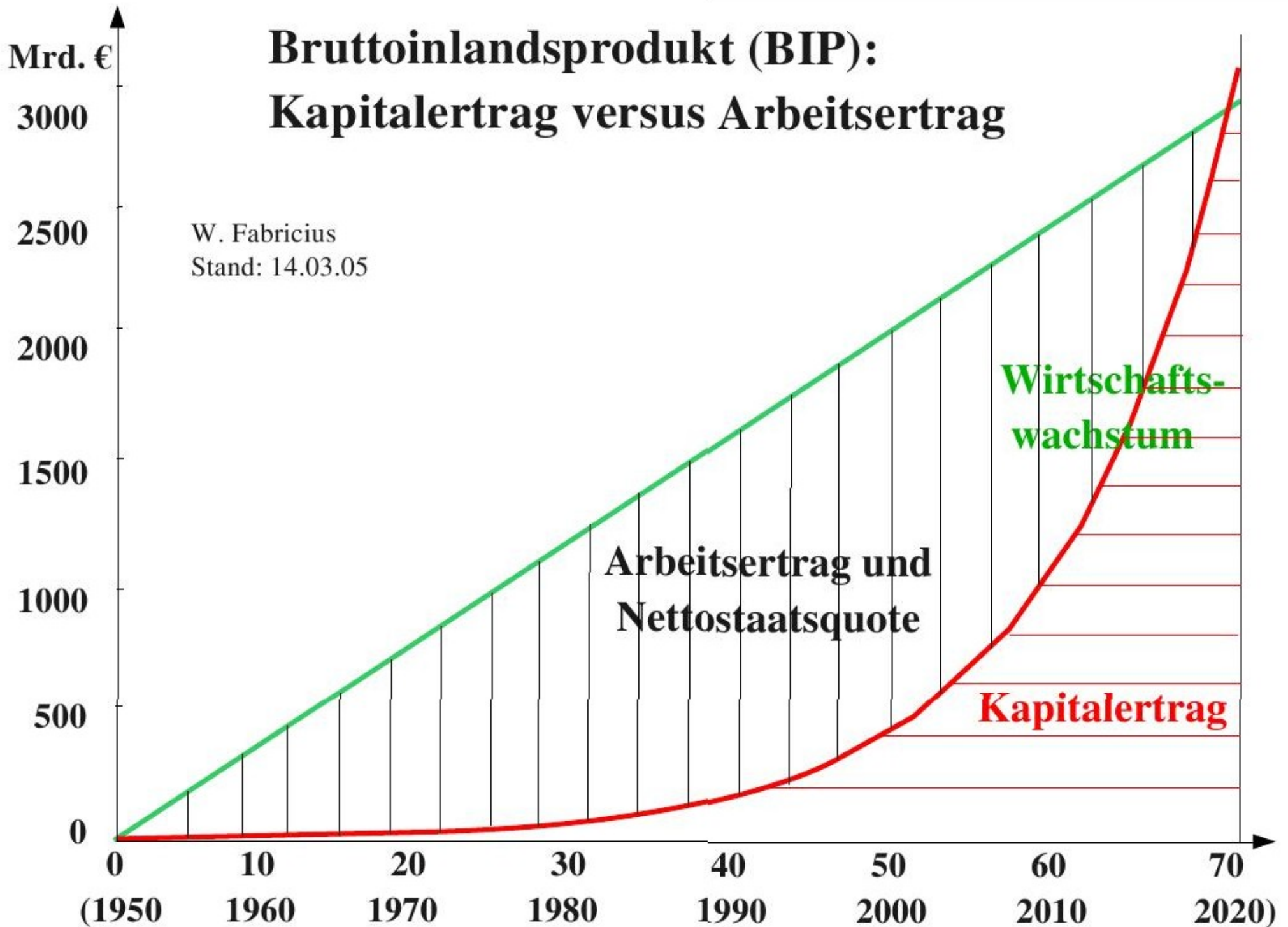
Die überproportionierte Entwicklung der Geldvermögen erzwingt ständig neue Wachstumsschübe zur Anpassung der Wirtschaftsleistung

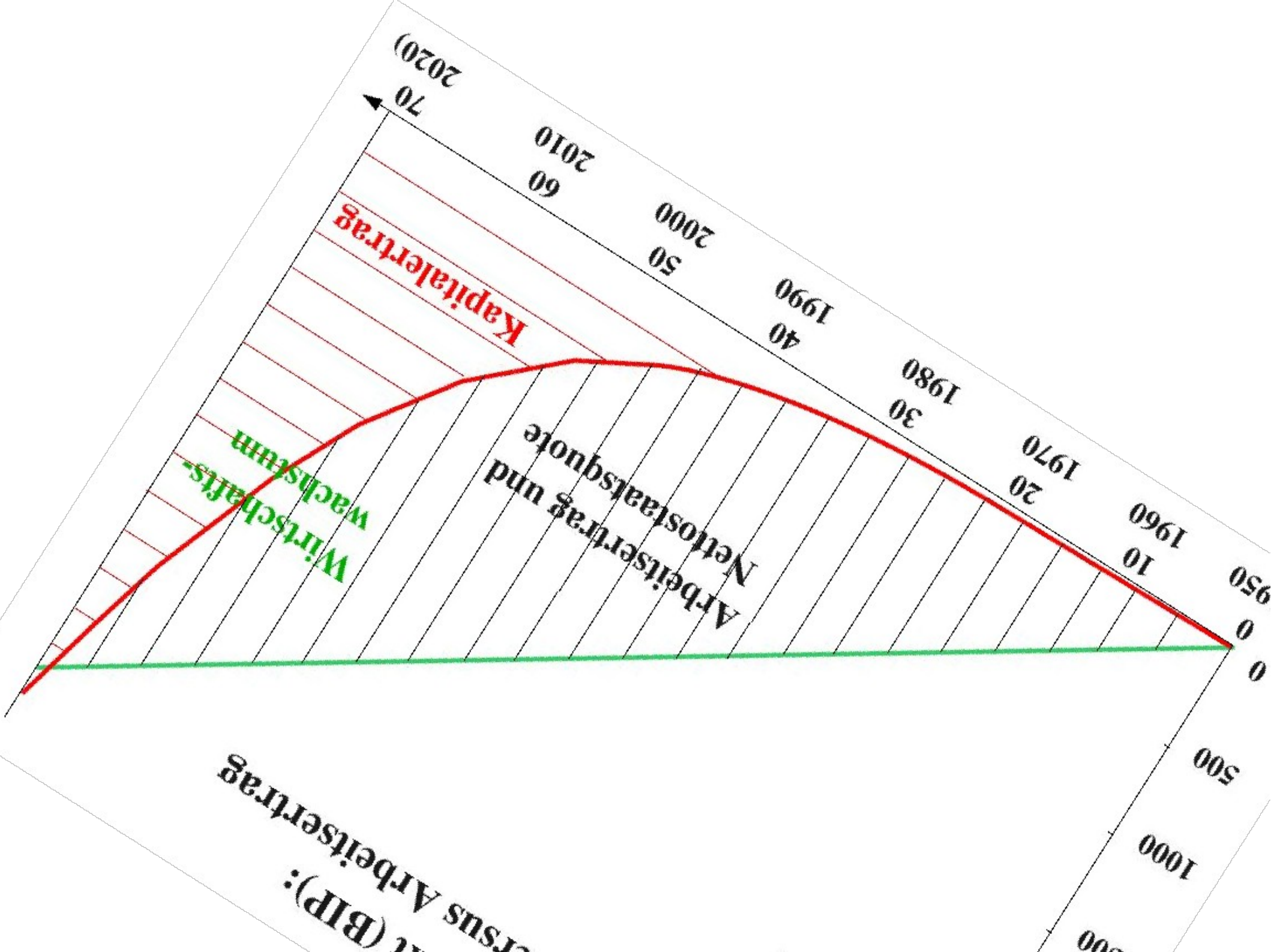


Helmut Creutz:
Das Geldsyndrom
Econ 2003

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Kapitalertrag versus Arbeitsertrag

W. Fabricius
Stand: 14.03.05

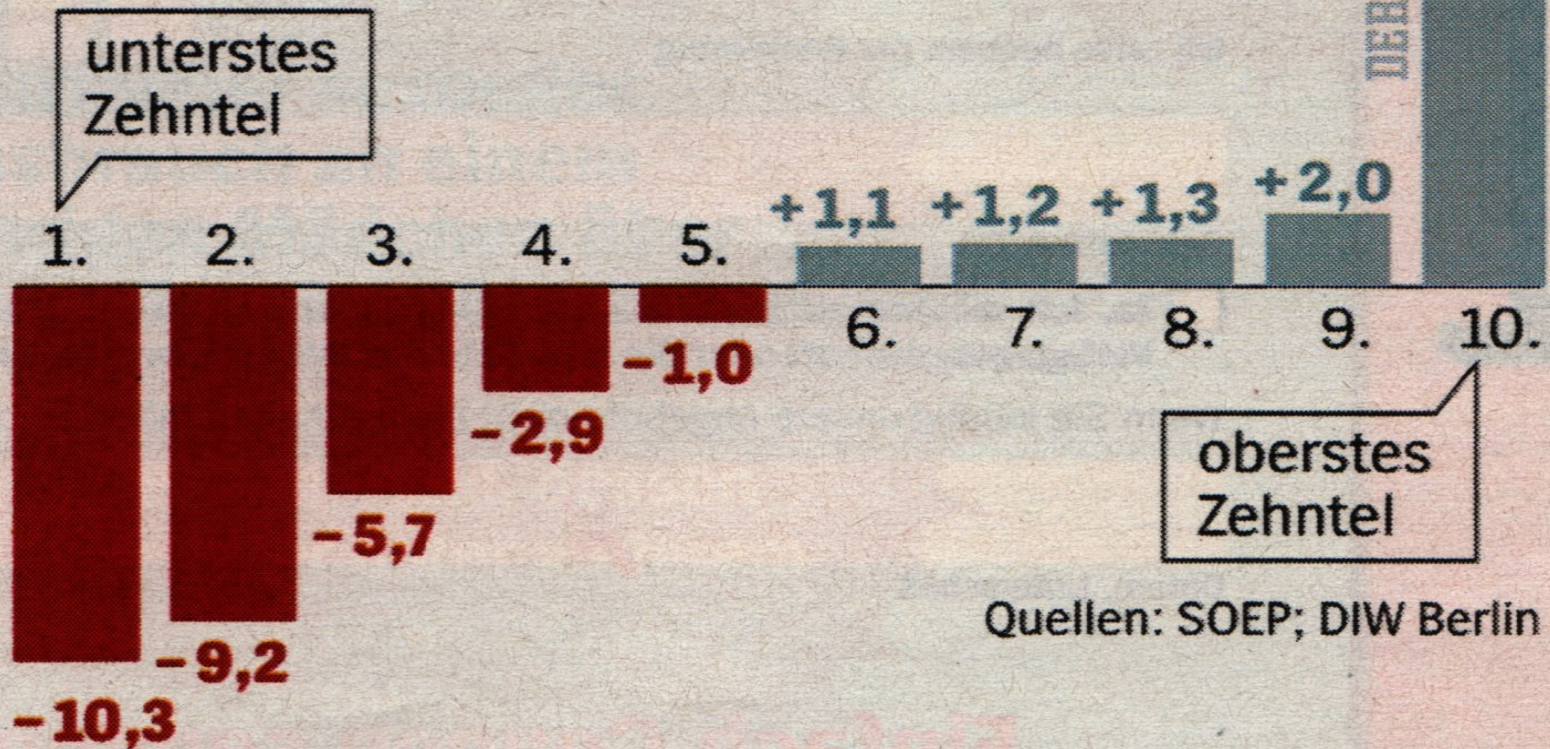




Veränderung des verfügbaren Einkommens

in Deutschland 2010 gegenüber 2000, in Prozent

berechnet in Preisen von 2005

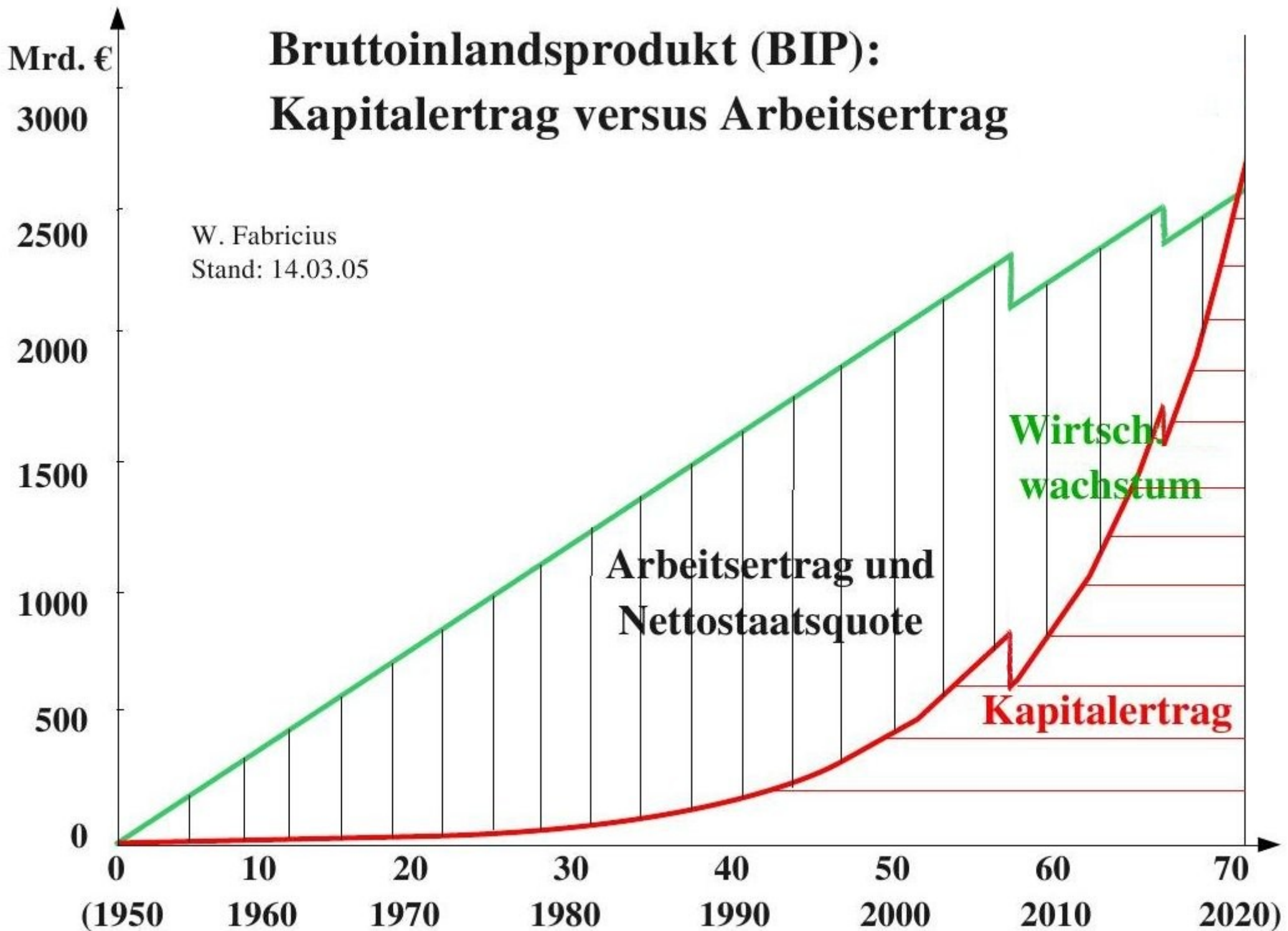


Schleichende Umverteilung

„Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen. Dieser "Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung" steht die Arbeitslosigkeit als "eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen" gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Kapitalertrag versus Arbeitsertrag

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



Die Saugpumpe

„Bis 1929 - 1930 [also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise] hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet ... und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen. ...

Die Massenproduktion [der modernen Industriegesellschaft] beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus, ... um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht. ...

Wie in einem Pokerspiel, wo sich die Chips in immer weniger Händen konzentrieren, konnten die übrigen Spieler nur noch weiter machen, indem sie Schulden machten. Gab man ihnen keinen Kredit mehr, war es auch mit dem Spiel zu Ende.“

Marriner Stoddard Eccles

1934 von Roosevelt eingesetzt,
bis 1948 amtierender FED-Chef

Finaler Zusammenbruch

Ludwig von Mises (1912)

„Es gibt keinen Weg, den finalen Zusammenbruch eines Booms zu vermeiden, der durch Kreditexpansion erzeugt worden ist. Die Alternative kann nur sein: Entweder die Krise kommt früher - als ein Ergebnis der freiwilligen Einstellung der Kreditexpansion - oder später als eine finale und totale Katastrophe des betreffenden Währungssystems.“

Shareholder Value-Kriterien

Jensen und Meckling (1976)

„Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und ihre Gewinne etwa in anderen Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen. Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre.“

Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft

Gabor Steingart

Spiegel Online 22.09.2006

„Will er [der Westen] nicht an jedem Handelstag [der Börse] als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurück überweisen.“

Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI)

Das MAI war ein internationales Vertragswerk zwischen transnationalen Konzernen, den OECD-Staaten und der Europäischen Union und wurde 1998 durch den Austritt Frankreichs ausgesetzt. Trotz des offiziellen Scheiterns wurden viele MAI-Ideen seitdem in die Regelwerke der großen Wirtschaftsgemeinschaften der Welt aufgenommen.

Mit dem MAI war beispielsweise beabsichtigt:

- **Schadenersatzansprüche für Konzerne gegenüber Regierungen** in deren Land gestreikt wird oder in dem bessere Arbeitnehmer- oder Umweltschutzgesetze in Kraft treten.
 - Enteignungen dürfen nur im öffentlichen Interesse und im Zusammenhang mit sofortiger, angemessener Entschädigung vorgenommen werden. **Als Enteignung werden auch nationale Umwelt- und Sozialabgaben verstanden.**
 - In Konfliktfällen entscheidet ein autarkes Entscheidungsgremium. **Entscheidungen müssen nicht begründet werden, die Nationalstaaten haben kein Recht auf Akteneinsicht.**
- **Mindestlaufzeit:** Zur Sicherung der getätigten Investitionen kann ein Staat erst nach **20 Jahren** aus dem Abkommen wieder austreten.

Seattle-Runde

Zur 3. Ministerkonferenz der WTO, einer weiteren Runde von Handelsabkommen, waren 1999 Wirtschafts- und Handelsminister aus 133

Staaten mit insgesamt 5000

Delegationsmitgliedern geladen. Infolge der Proteste mit 75.000 Demonstanten aus Kirche, Gewerkschaften und

Nichtregierungsorganisationen konnte die Konferenz nicht wie geplant stattfinden. Die Verhandlungen wurden im leichter polizeilich kontrollierbaren Doha, Katar, weitergeführt und entsprechend als Doha-Runde bezeichnet.

Europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen (CETA)

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, bestätigt die schlimmsten Befürchtungen. Denn kanadische Investoren erhalten z.B. das Recht, vor internationalen Schiedsgerichten gegen einen EU-Staat zu klagen, wann immer sie ihre „legitimen Erwartungen“ auf Profit geschmälert sehen.

Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP)

Mit dem TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) wird ein neuer Anlauf eines erweiterten MAI unternommen. Laut Europäischer Kommission und US-Handelsministerium geht es um Marktzugang (Zollabbau, öffentliche Aufträge), regulatorische Zusammenarbeit und eine globale Regelentwicklung.

TTIP betrifft den Abbau von Handelsbeschränkungen, also z.B. der Gleichbehandlung privater Anbieter bei öffentlichen Aufträgen, der Angleichung (bzw. dem Abbau!) von Gesundheitsstandards und Lebensmittelgesetzen, Umweltstandards und ähnlichem.

Die Finanzmärkte würden kollabieren, wenn es nicht gelingt, über solche Verträge die letzten Reserven aus Mensch und Natur herauszupressen.

Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA)

Das TiSA (Trade in Services Agreement) ist eine Sammlung von Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union, den USA und 21 weiteren Staaten.

Es ist ein Nachfolgeabkommen des General Agreement on Trade in Services der WTO (GATS) von 1995.

Umweltgüterabkommen (EGA)

Unter EGA (Environmental goods agreement) werden derzeit in Genf erstmals Erleichterungen beim Handel im Umweltsektor verhandelt. Dazu gehören neben Solaranlagen oder Turbinen zur Erzeugung von Windenergie auch Katalysatoren oder die Ausrüstung für die Behandlung von Abwasser, die Entsorgung von Müll oder die Kontrolle von Luftreinhaltungsmaßnahmen. An den Verhandlungen beteiligt sind zunächst 14 der 160 Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO).

Tableau économique

1758 veröffentlichte François Quesnay, Leibarzt Ludwig des XV. und der Madame Pompadur sein berühmtes „Tableau économique“,

ein Basisdokument des Wirtschaftsliberalismus,

dessen Eingangsworte aufhorchen lassen:

„Wir brauchen weder etwas zu suchen noch etwas zu finden, denn alle menschlichen Verhältnisse werden von bewunderungswürdigen Gesetzen regiert, deren Wahrheit sich jedem aufzwingt, der einmal die Augen öffnet, und deren Autorität ein mit Vernunft begabter Mensch ebensowenig bestreiten kann wie die Gesetze der Geometrie. Diese Gesetze zu verstehen, heißt, ihnen zu gehorchen.“

Diese Lehre fand die Aufmerksamkeit von Fürsten und Staatsmännern wie Kaiser Joseph II. von Österreich, Katharina der Großen von Rußland, König Gustav III. von Schweden etc.

Die natürliche Ordnung, die der Liberalismus durch Beseitigung aller Schranken und Verbote, durch Entfesselung des reinen Konkurrenzprinzips heraufführen will, ist die Ordnung der Vorsehung. Es besteht eine prästabile Harmonie, die Welt läuft von selbst und es bedarf keiner „Kommandowirtschaft“.

Trennung der Produktion von der Reproduktion

Die Mechanisierung (z.B. durch Webstühle), die hohe Investitionen und entsprechende Investoren erforderlich machte, zwang die Menschen, ihr Einkommen in den neu entstandenen Manufakturen und Fabriken zu erwerben. Sie reproduzierten sich deshalb immer weniger über ihre Tätigkeiten in ihren eigenen häuslichen Werkstätten, sondern über Geld aus der ungeschützten Umgebung industrieller Produktionsstätten. Weil die Kapitaleigner immer mehr Geld aus dem Arbeitsprozess herauszogen, war für die Arbeit der Erwerbstätigen immer weniger Geld vorhanden. Sie verarmten zunehmend und wohnten schließlich mit ihren Familien zur Miete in ärmlichsten städtischen Behausungen.

Der Mensch wurde aber nicht nur Produzent von Produkten, die er selbst nicht brauchte, sondern auch Konsument von Produkten, die er nicht selbst hergestellt hatte. Diese Produkte werden ihm über wachsende profitmaximierende Handelsketten zugeführt. Er wurde also Ausbeutungsobjekt in beiderlei Hinsicht, als Produzent und als Konsument.

Vordringen des profitmaximierenden Marktes

„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich.“

... „Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist. ...

Der Anfang vom Ende des Neoliberalismus

*„Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds
eingesammelt – bei den Reichen der Welt,
aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter
vorsorgen,*

*oder bei Banken und Versicherungen,
die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen.
Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen,
sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen,
Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze
Volkswirtschaften in die Zange – und zunehmend
auch deutsche Unternehmen. ...*

*Aber **wie soll ein nationaler Staat
internationale Finanzströme regulieren?**“*

S. Afhüppe et al., Spiegel 18/2005, S. 131

Primat der Ökonomie über die Politik

Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank, äußerte bereits 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: *„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden.“*

Rolf E. Breuer, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank präzisierte 2000: *„Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern täglich gefällt, was Regierungen ständig unter einen erheblichen Erklärungszwang setzt. ... Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten.“*

2. Theorie einer Gegenstrategie

Auf der Suche nach Gegenstrategien



[Web](#) [Bilder](#) [Groups](#) [Verzeichnis](#) [News](#)

Profitminimierung

Suche

[Erweiterte Suche](#)
[Einstellungen](#)

Suche: Das Web Seiten auf Deutsch Seiten aus Deutschland

Web

Ergebnisse 1 -3 von ungefähr 4 Seiten auf Deutsch für Profitminimierung . (0,12 Se

Meinten Sie: [Profittmaximierung](#)

[EndedteinflussIV](#)

... Verhältnis zwischen europäischem Unternehmer und melanesischem Arbeiter nehmen, insbesondere wenn eine Änderung in einer **Profitminimierung** resultieren konnte ...

www.uni-bayreuth.de/departments/neueste/EndedteinflussIV.htm – 41k [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

[GESPRÄCH im November 1996 zwischen Bohne und Nico](#)

... Mansito zum Umgang mit BSE: "Man muß dazu eine kältblütige Haltung einnehmen, um keine ungünstigen Marktreaktionen (sprich: **Profitminimierung**) zu provozieren ...

www.hohnest.de/Satire/satire.htm – 30k – [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

[the Project Antipop Network](#)

... Umweltschutz wird von der WorldTradeOrganization effektiv verhindert, da es **Profitminimierung** bedeuten würde, Umweltauflagen zu gehorchen....

schlabberbacke.piranho.com/main.html – 13k – [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

Um Ihnen nur die treffendsten Ergebnisse anzuzeigen, wurden einige Einträge ausgelassen, die den 3 bereits angezeigten Treffern sehr ähnlich sind.

Sie können bei Bedarf [die Suche unter Einbeziehung der übersprungenen Ergebnisse wiederholen](#)

Meinten Sie: [Profittmaximierung](#)

Das Wachstum der Menschheit

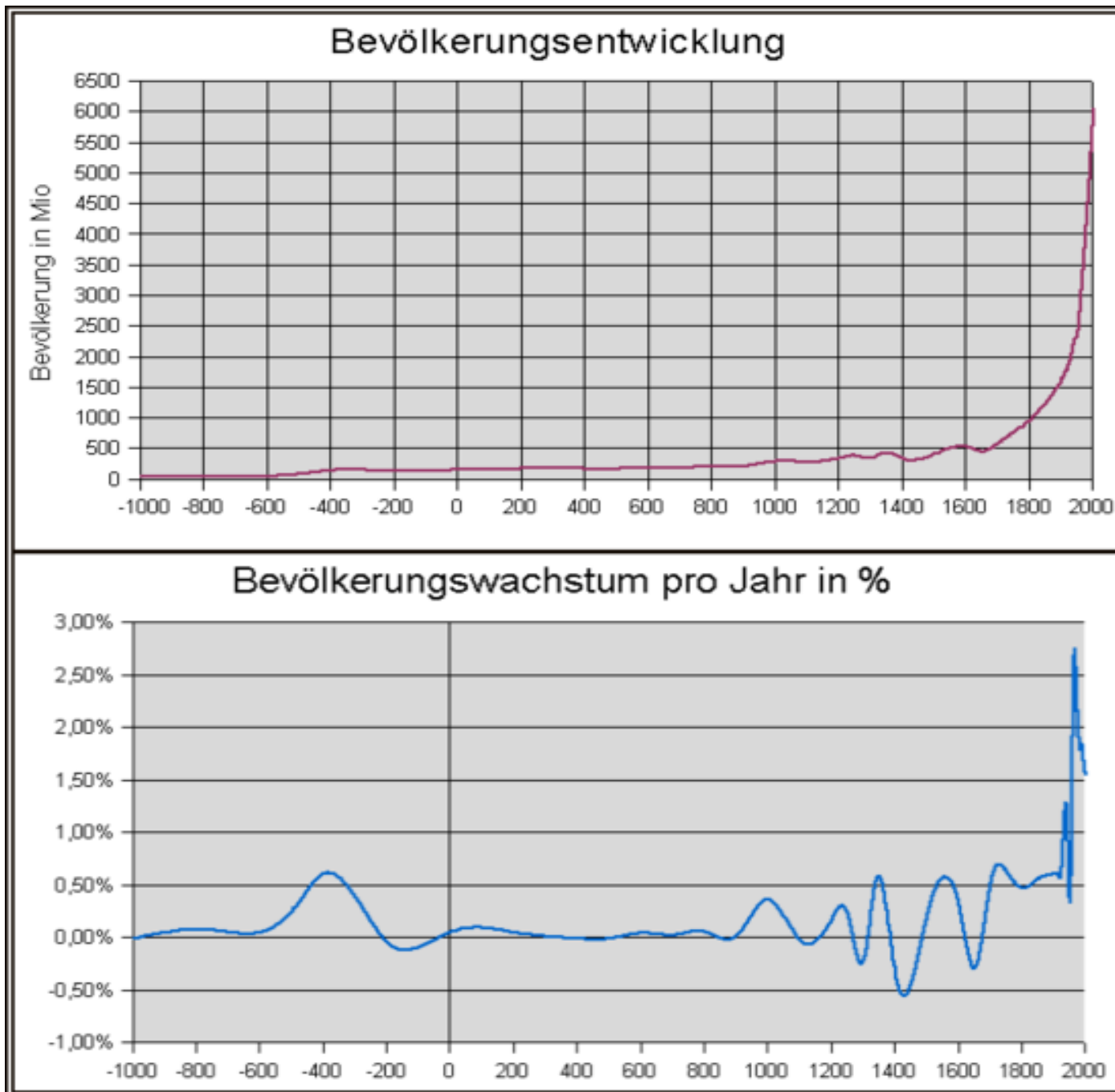
Das Sesshaftwerden, das Erfinden der Sprache, des Säens und Erntens, der Nutzung des Feuers etc. verbesserte die Überlebenschancen des Menschen sehr wesentlich und er konnte sich wirksamer vermehren als Tiere und Pflanzen.

Zusätzlich veranlasste die Zerstörung gewachsener Kulturen speziell durch die Kolonialmächte Eltern, ihr Auskommen im Alter über ihren Nachwuchs zu sichern.

In einen Gleichgewichtszustand der Natur hinein wuchs die Menschheit exponentiell auf jetzt etwa 7 Milliarden Individuen. Entsprechend wurde der Lebensraum der Tiere und Pflanzen Schritt für Schritt eingeschränkt.

Rote Listen bedrohter Tier- und Pflanzenarten wachsen immer schneller.

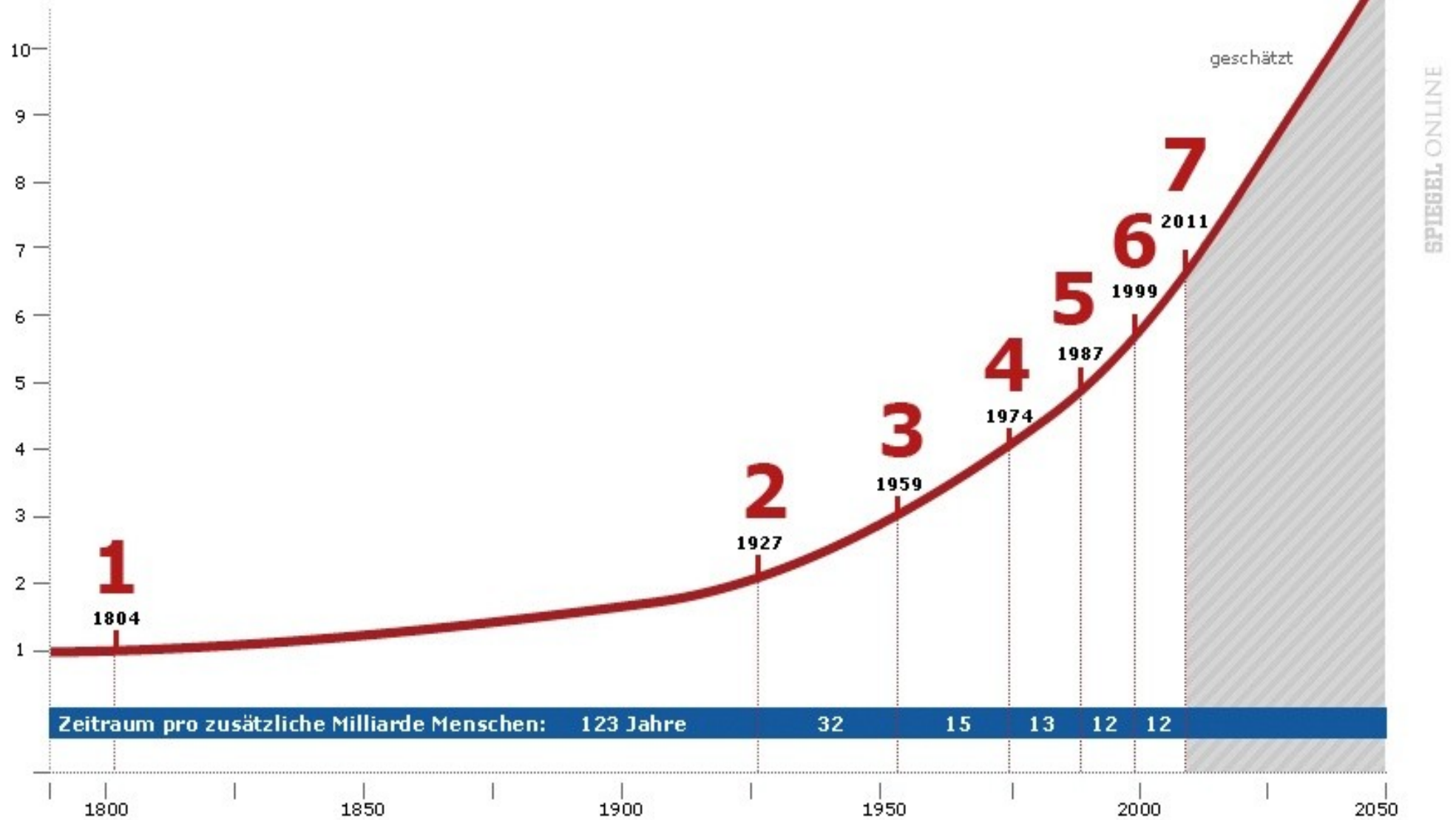
Aber auch für die Menschen wird es immer enger und mit der Zeit eventuell auch **zu eng zum Überleben.**



Wikipedia: Bevölkerungsentwicklung, Zugriff: 28.02.2012

Entwicklung der Weltbevölkerung

in Milliarden



Quelle: UNFPA

Spiegel online 26.10.2011

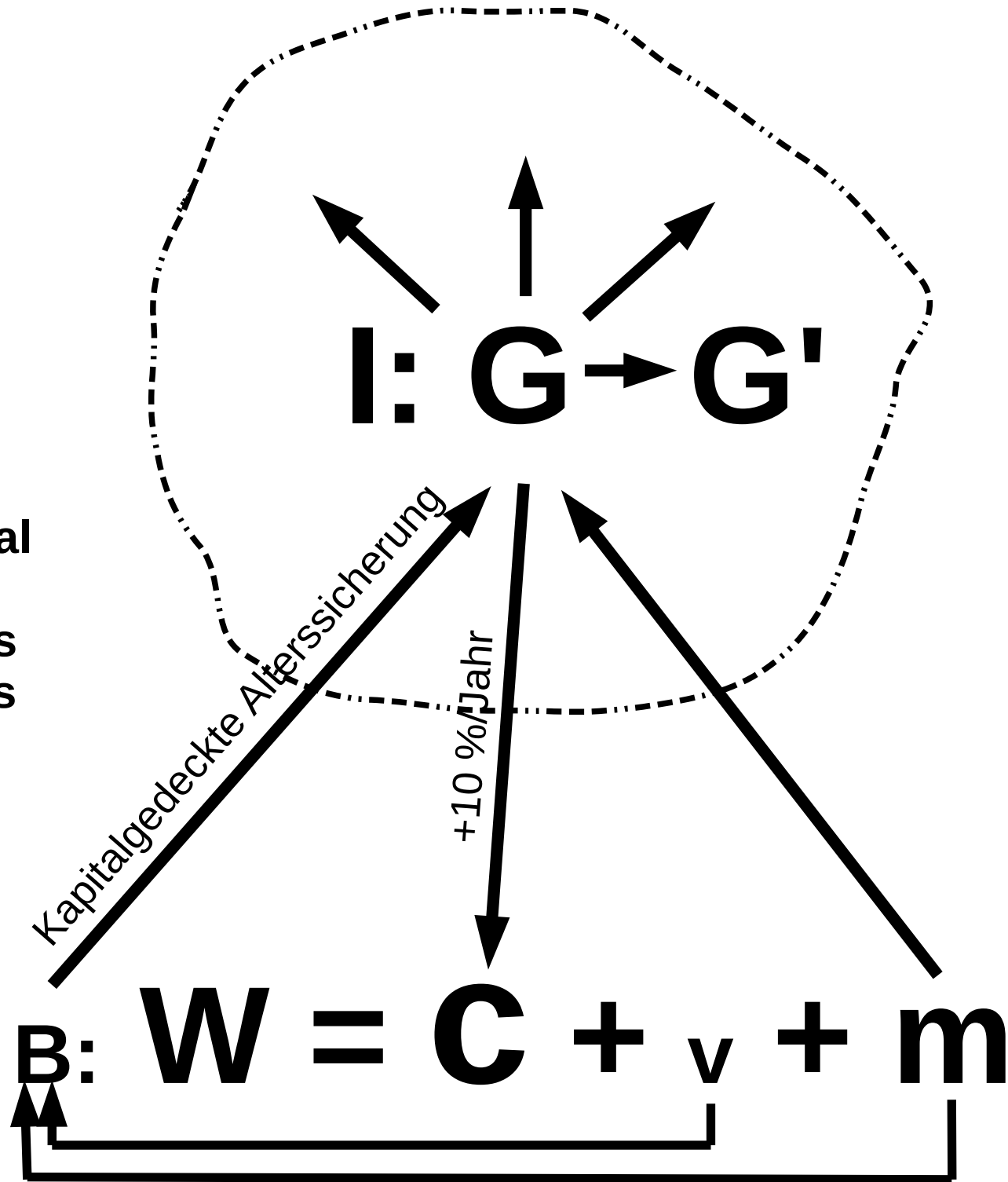
Garrett Hardin

Der zu Unrecht viel geschmähte Garrett Hardin schreibt in Sorge um die Überbevölkerung unserer Erde in seinem weltweit diskutierten Beitrag „The Tragedy of the Commons“ in Science Vol. 162 von 1968:

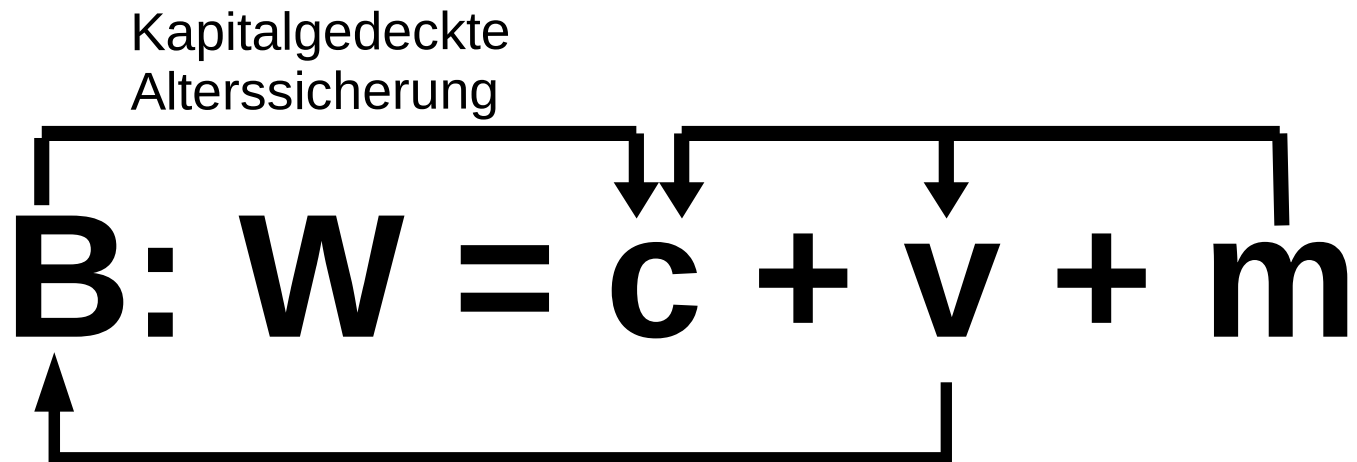
*„Gemeingüter erfordern ab einem bestimmten Grad der Nutzungsintensität eine Moral, die vom Individuum nicht mehr geleistet werden kann, da sie dem Eigeninteresse primär entgegenläuft. Die Lösung solcher Probleme kann nur eine politische sein. . . . Die **Tragik der Allmende als Vorratskammer** kann durch Privateigentum oder ähnliche Formen [Genossenschaften?] verhindert werden. Aber Luft und Wasser kann man nicht so leicht einzäunen und deshalb muss die **Tragik der Allmende als Abfallgrube** mit anderen Mitteln abgewendet werden: durch Zwangsmaßnahmen oder Besteuerung, die es dem Verschmutzer billiger machen, seine Abfälle zu behandeln als sie unbehandelt abzuschieben.“*

Wie Menschen diese Tragik – zumindest der **Allmende als Vorratskammer** - in unterschiedlichsten Regionen gemeinschaftlich bearbeiten, stellt Elinor Ostrom 1990 in ihrem Buch „Governing the Commons“ ausführlich dar.

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert/Preis
c: konstantes
Kapital
v: variables
Kapital
m: Mehrwert



~~I: Investor~~
~~G: Geldkapital~~
B: Bürger
W: Wert/Preis
c: konstantes
Kapital
v: variables
Kapital
m: Mehrwert



$$\mathbf{B: W = c + v}$$

~~I: Investor~~

~~G: Geldkapital~~

B: Bürger

W: Wert/Preis

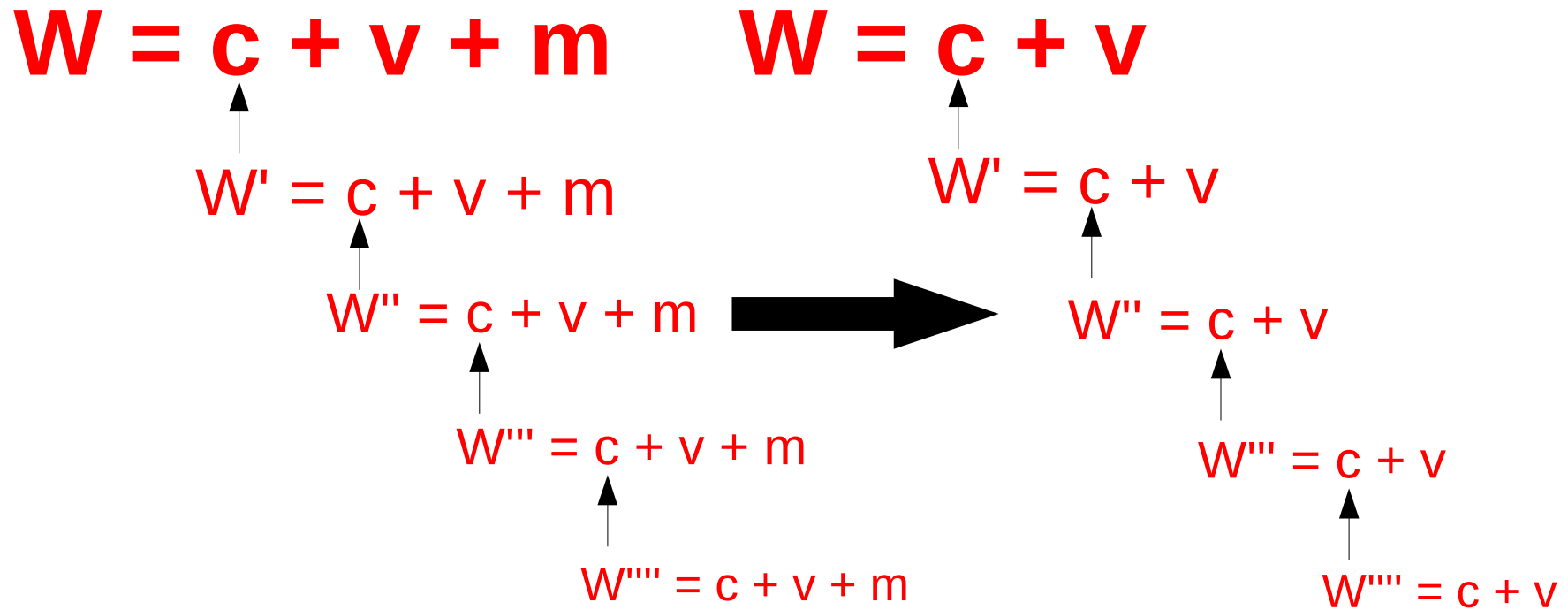
c: konsstantes
Kapital

v: variables
Kapital

~~m: Mehrwert~~

Die Produktionskette

Der Mehrwert addiert sich in der Produktionskette und macht im Mittel bereits etwa 40% des Endverbraucherpreises (W) aus. Über solidarwirtschaftliche Projekte wird der Mehrwert am wirksamsten von der Dienstleistungsseite her aus den Produktionsketten eliminiert.



Reintegration der Produktion in die Reproduktion

„Historisch hat sich der [profitmaximierende] Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich.“

*... „Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die **gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen**, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist.*

Selbstversorgung

„Wir müssen uns um unsere eigenen Interessen kümmern und die Kompetenz erwerben, wie wir unsere Grundbedürfnisse möglichst unabhängig vom Markt befriedigen können. Es geht mir darum, dass sich die Menschen buchstäblich in Sicherheit bringen, indem sie ihre Geldabhängigkeit verringern - und dadurch weniger erpressbar werden. Nicht immer mehr Luxusgüter, sondern gesunde Lebensmittel, Wasser, bezahlbarer Wohnraum und lokale Mobilität gilt es politisch zu sichern. Wenn ich etwas auf dem Markt kaufe, benötige ich Einkommen und muss auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen bezahlen. Wenn ich beispielsweise eine Bürgerenergieanlage betreibe, kostet deren Anschaffung Geld, aber danach geht es nicht um Profite, sondern um Selbstversorgung.“

Lex Janssen, taz, 19.07.2014

Informationstechnik

Erfindungen erweiterten und intensivierten die Operationsräume der Menschheit:

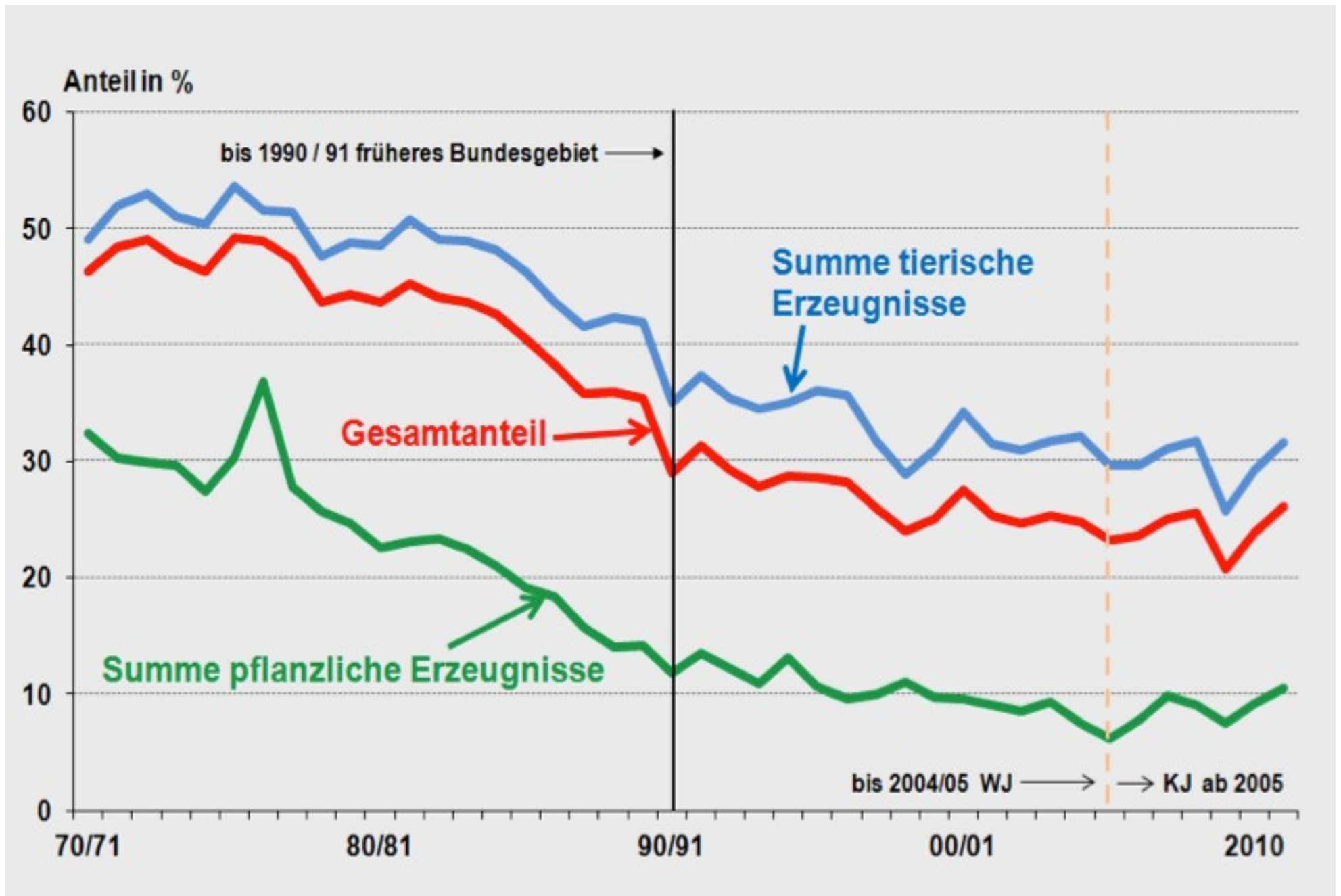
- Die **Lautschrift** und die Verwendung des **Papyrus** ergänzte die mündliche Überlieferung wesentlich und ermöglichte große Staatsgebilde wie das Griechische und das Römische Reich.
- Der **Buchdruck** löste das aufwendige Abschreiben ab und erlaubte, das Abendland auf weitere Kontinente auszudehnen.
- Die **Informationstechnik** und das **Internet** bieten Individuum und Gesellschaft noch lange nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten der globalen Kommunikation und Kooperation, insbesondere in den direkten Beziehungen von Konsument und Produzent, z.B. in Form der Peer-to-Peer-Ökonomie.

Die reichsten Personen bzw. Institutionen sind Händler

Die beiden reichsten Männer Deutschlands
(Gebrüder Albrecht) waren
Lebensmittelhändler.

Reinhold Würth ist Schraubenhändler.
Amazon handelt u.a. mit Büchern, Google
mit Informationen,
die Banken und Fonds handeln mit Geld.
Keiner produziert, alle „handeln“ nur.

Anteil des Verbraucherpreises, den der Produzent im landwirtschaftlichen Bereich erhält



Peer-to-Peer-Ökonomie

Nach den umfangreichen Vorarbeiten von **Richard Stallman**, Freie Software und insbesondere die General Public Licence (GPL) zu entwickeln, hatte **Linus Torvalds** die visionäre Eingebung, seinen neuentwickelten Kernel, Linux genannt, am 15.9.1991 im Quellcode der weltweiten Gemeinde der Softwareentwickler zur gemeinsamen Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, die bis dahin nur kompilierte Codes und Lizenzen von Betriebssystemkernels kannten.

Es entfaltete sich die Produktion **Freier Software** (Linux, Apache, LibreOffice etc.) und des **Freien Wissens** (Wikipedia, OpenKnowledge).

Ganz wesentlich für die weitere Entwicklung von Kommunikation und Kooperation war auch die Erfindung (1989) und Implementierung (1991) des **HTML-Protokolls** durch **Tim Berners Lee**, Wissenschaftler am CERN in Genf. Auf der Basis all dieser Vorarbeiten hat sich eine **Peer-to-Peer-Produktion, der direkte Zusammenschluss von Konsument und Produzent, Abnehmer und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen**, entwickelt.

Investoren, Groß-, Zwischen- und Einzelhandel, Verlage etc. werden bei dieser Produktion Schritt für Schritt überflüssig. Werbung wird durch Produktinformation ersetzt, die auch sozioökologische Indices umfasst. Über Nutzergemeinschaften kann auch die Funktionalität und das Design der Produkte mitentwickelt werden.

Null-Grenzkosten-Gesellschaft (Jeremy Rifkin)

Auf der einen Seite problematisiert Rifkin nicht etwa, sondern propagiert ein Internet der Dinge (IdD) mit einem Kommunikations-, Energie- und Logistikinternet, *„das eines Tages alles und jeden verbindet. Natürliche Ressourcen, Produktionsstraßen, Stromübertragungs- und logistische Netze, Recyclingströme, Wohnräume, Büros, Geschäfte, Fahrzeuge, ja selbst Menschen werden mit Sensoren versehen, und die so gewonnenen Informationen werden als Big Data in ein globales **neutrales IdD** eingespeist.“* (S. 25)

Auf der anderen Seite beschreibt er den Aufstieg kollaborativer (nicht etwa kooperativer) Commons, die zur Emanzipation führen sollen. (Allerdings hat Kollaboration im Deutschen auch die Bedeutung, mit dem Gegner zusammenzuarbeiten.) *„Das IdD ermöglicht Milliarden von Menschen die Teilnahme von sozialen Peer-to-Peer-Netzwerken. Es verbindet potentiell jeden Menschen mit jedem anderen in einer weltumspannenden Gemeinschaft und sorgt so für eine Blüte des sozialen Kapitals von nie gekannten Ausmaßen.“* (S.36)

„Die Menschheit wird von einer Ökonomie der Knappheit in eine Ökonomie der nachhaltigen Fülle überführt.“ (S. 450)

Crowdfunding, Crowdsourcing, Cloudworking etc.

Spiegel 17/2014, S. 70

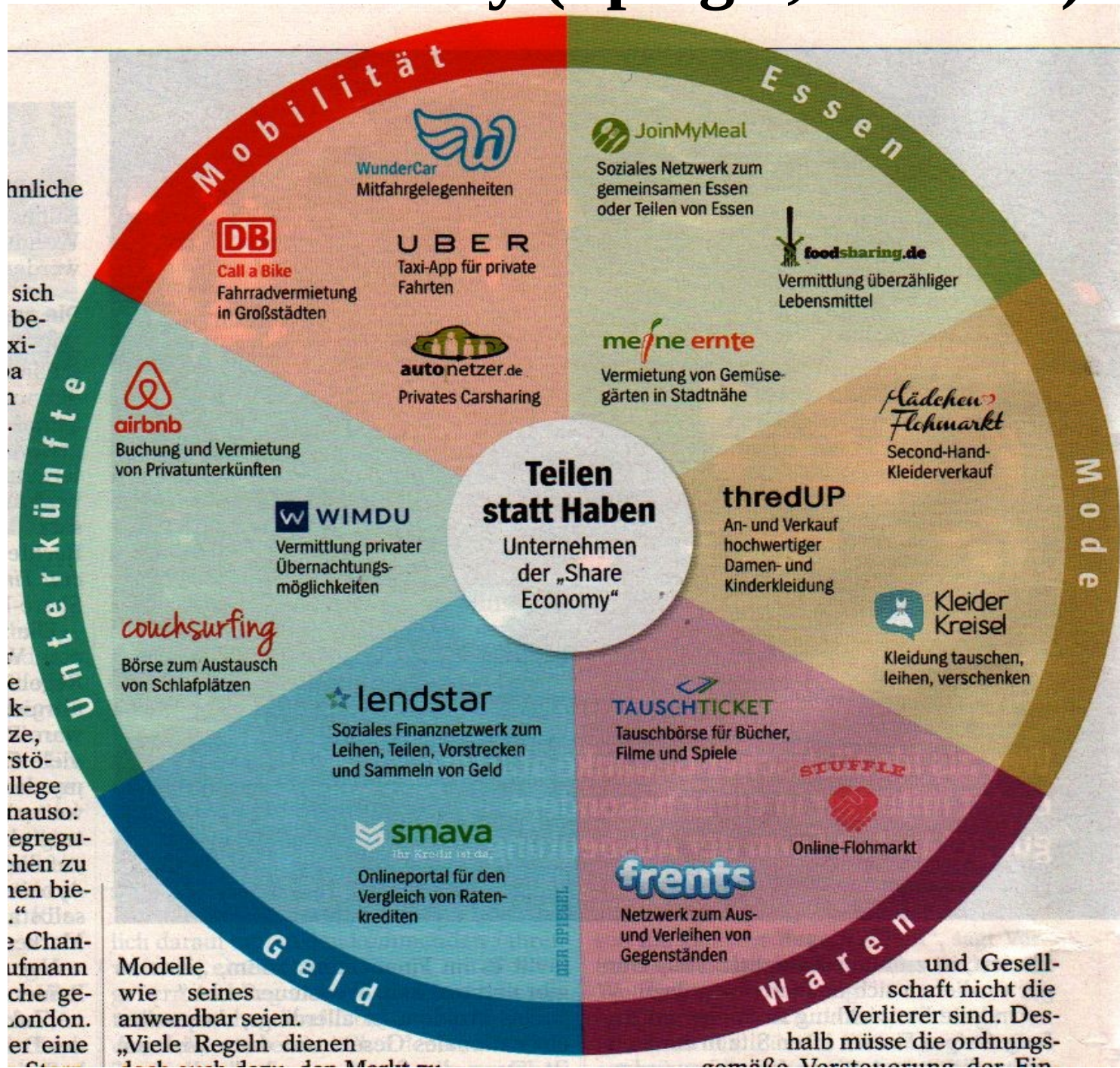
Crowdfunding: Über eine Plattform (Kickstarter, Jovoto, ...) können relativ kleine Beträge von vielen zu einer großen Summe für den Start eines Unternehmens gepoolt werden.

Crowdsourcing: Mit Hilfe des Internets kann sich jeder mit seinen Ideen an der Lösung eines Problems beteiligen.

Cloudworking: Digitale Arbeit wird via Datenwolke (oDesk, Innocentiv, Mechanical Turk, clickworker.com etc.) rund um die Welt dahin verteilt, wo sie am besten und oft genug am billigsten verrichtet wird.

Crowdtesting: Testen von Software durch eine Masse von Testern über das Internet. Als Tester werden vor allem Personen angesprochen, die online Geld dazu verdienen möchten.

Share-Economy (Spiegel, 34/2014)



3. Entscheidungsstrukturen

Überkommene Entscheidungsstrukturen

Die bestehenden Entscheidungsstrukturen stammen

- zumindest zum Teil – noch aus feudalen und monarchistischen Zeiten.

Commons benötigen für Kommunikation, Kooperation und Reproduktion Strukturen, die nicht von oben verordnet werden können, sondern von unten aufgebaut werden müssen.

Es darf auch nicht erwartet werden, dass die Entstehung solcher Kooperationsstrukturen von den Gegnern solcher Strukturen finanziert wird.

Es ist deshalb eine ökonomische Basis erforderlich, diese Strukturen zu konzipieren und zu erproben.

Multidimensionales konventionelles Entscheidungsgestrüpp

**Staat
(failed states)**

Religionen)

**Clandestine
Organisationen**

Parteien

Gewerkschaften

Genossenschaften

Wirtschaft

Gesundheitswesen

Wissenschaft

Staat

- Kiez-, Kommunalebene
- Kreis-, Bezirksebene
- Landesebene
- Bundesebene
- EU
- Vereinte Nationen (UNO)
 - Weltgesundheitsorganisation (WHO)
 - Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
 - Internationaler Währungsfond (IWF)
- Welthandelsorganisation (WTO)
 - GATS
 - TRIPS
- Weltbank
- G8/G20
- OECD
- BRICS

Clandestine Organisationen

- Freimaurer
- Bilderberger
- **Mont Pelerin Society**
- Davos

- **Service-Clubs**

- Burschenschaften

- Geheimdienste

Service-Clubs

1. Rotary International (gegründet 1905, 1,2 Millionen Mitglieder)
2. Kiwanis International (gegründet 1915, 550.000 Mitglieder)
3. Civitan International (gegründet 1917, 50.000 Mitglieder)
4. Lions-Club (gegründet 1917, 1,351 Millionen Mitglieder)
5. Zonta International (gegründet 1919, 33.000 Mitglieder)
6. Soroptimist International (gegründet 1921, 93.000 Mitglieder)
7. Round Table International (gegründet 1927, 100.000 Mitglieder)
8. Ambassador Club International (gegründet 1956, 4200 Mitglieder)
9. FiftyOne International (gegründet 1966, erster auf dem europäischen Kontinent gegründeter Service-Club)

Mont Pelérin Society (MPS) I

1947 in Mont Pelérin, Schweiz, von 17 amerikanischen und 22 europäischen neoliberalen Ökonomen (u.a. Eucken, Friedman, Hayek, Hunold, Mises, Popper, Röpke, Stigler) gegründet und als Verein in den USA eingetragen.

Umfasst etwa 1000 Mitglieder und **100 Think-Tanks** weltweit.

1974-2002: **Nobelpreise für 8 MPS-Mitglieder.**

Ab 1975 unterwerfen Hayek und Friedman als **Berater Pinochets** Chile einer neoliberalen Radikalkur, errichten eine 'gesunde soziale Marktwirtschaft' und bezeichnen dies als 'gelobtes Land'.

1979: Experten-Austausch zwischen **Thatcher** und Chile.

1980: Durch **Reagan** Neoliberalismus auch in den USA.

Endgültige Implementierung in Europa über Giscard d'Estaing, der Vorsitzender des Europäischen Konvents und MPS-Mitglied ist. In Deutschland verhilft dem Neoliberalismus das **Schröder-Blair-Papier** und die Agenda 2010 zum Durchbruch.

Politische Machtergreifung

„Der Mainstream des alten Arbeiterbewegungs-Marxismus ... organisierte sich nicht reproduktiv und lebensweltlich antikapitalistisch, sondern bloß politisch, als historische abstrakte »Willenskundgebung« ohne reale reproduktive Verankerung, und damit als »politische Partei« (und parallel dazu gewerkschaftlich für den Kampf um systemimmanente Gratifikationen).

Alles wurde dem Ziel der politischen Machtergreifung untergeordnet, um dann folgerichtig »von oben«, durch zentrale etatistische Eingriffe, die kapitalistische Reproduktion gewissermaßen sozialistisch-planwirtschaftlich »umstülpen« zu wollen. Die politische Macht erscheint hier als der archimedische Punkt und ein alternativer Staatsapparat (»Arbeiterstaat«) als der zentrale Hebel der Umwälzung.“

Gemeingut DDR?

Wie fatal sich das Fehlen partizipativer Entscheidungsstrukturen auswirken kann, lässt sich vielleicht am Beispiel der DDR veranschaulichen.

Artikel 12 der Verfassung der DDR lautete: *„Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandssockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, die Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig.“*

Dazu Peter Linebaugh:

"There are no commons without commoning"



Elinor Ostrom bei der Nobelpreisverleihung

Elinor Ostrom (* 7. 8.1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA, † 12.6.2012 in Bloomington, Indiana, USA) war Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Von 1996 bis 1997 war sie Präsidentin der American Political Association.

2009 wurde ihr als erster Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt. In der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften heisst es: Ostrom habe gezeigt, „**wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann**“.

Mit Ostroms Hauptwerk „*Governing the commons. The evolution of institutions for collective action*“ wird weltweit ein neues Denken angestoßen: **Es geht nicht mehr allein um staatliche Regulierungsfragen, sondern darum, wie die Erde als Ganzes von den Menschen nachhaltig und solidarisch genutzt und gepflegt werden kann.**

Ostroms Bauprinzipien langlebiger Allmenderessourcen-Institutionen

1. Klar definierte Grenzen und ein wirksamer Ausschluss von externen Nichtberechtigten.
2. Regeln bezüglich Aneignung und Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen an die lokalen Bedingungen angepasst sein.
3. Die Betroffenen nehmen an Vereinbarungen zur Änderung der Regeln teil.
4. Überwachung der Einhaltung der Regeln durch die Betroffenen.
5. Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen.
6. Mechanismen zur Konfliktlösung.
7. Die Selbstbestimmung der Gemeinschaft wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.
8. Einbettung in ein komplexeres System

Tabelle 5.2. Bauprinzipien und Qualität der Institutionen

	klar definierte Grenzen und Teilnehmer	kongruente Regeln	Arenen für kollektive Entscheidungen	Überwachung	Abgestufte Sanktionen	Konfliktlösungsmechanismen	Anerkanntes Organisationsrecht	Eingebettete Unternehmen	Qualität der Institutionen
Törbel, Schweiz	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr ^a	robust
japanische Bergdörfer	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr	robust
Valencia, Murcia u. Orihuela, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Raymond-, West-Coast- u. Central-Becken (gegenwärtig)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alicante, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja ^b	ja	robust
Bacarra-Vintar, Philippinen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alanya, Türkei	nein	ja	schwach	ja	ja	schwach	schwach	nr	fragil
Gal Oya, Sri Lanka	ja	ja	ja	ja	c	schwach	schwach	nr	fragil
Port Lameron, Kanada	ja	ja	schwach	ja	ja	ja	nein	nein	fragil
Bucht von Izmir u. Bodrum, Türkei	nein	nein	nein	nein	nein	nein	schwach	nein	gescheitert
Mawelle, Sri Lanka	nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein	nein	gescheitert
Kirindi Oya, Sri Lanka	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	gescheitert
Raymond-, West-Coast u. Central-Becken (früher)	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert
Mojave-Grundwasserbecken	nein	nein	ja	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert

^a nr = nicht relevant

^b mit zwei größeren Ausnahmen von 1739 bis 1840 und von 1930 bis 1950

^c Informationen fehlen

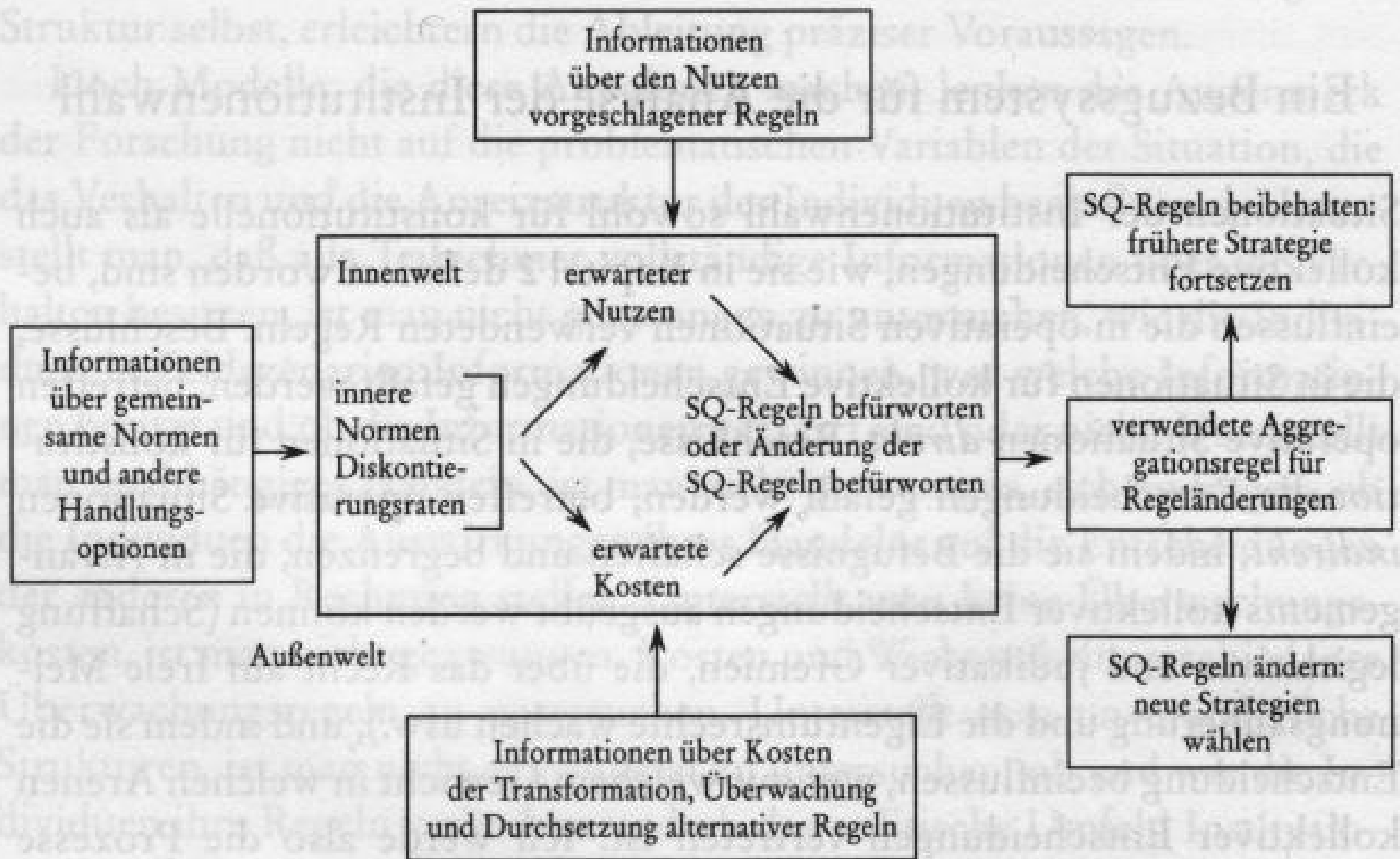


Bild 6.1. Übersicht über die Variablen, die die Institutionenwahl beeinflussen

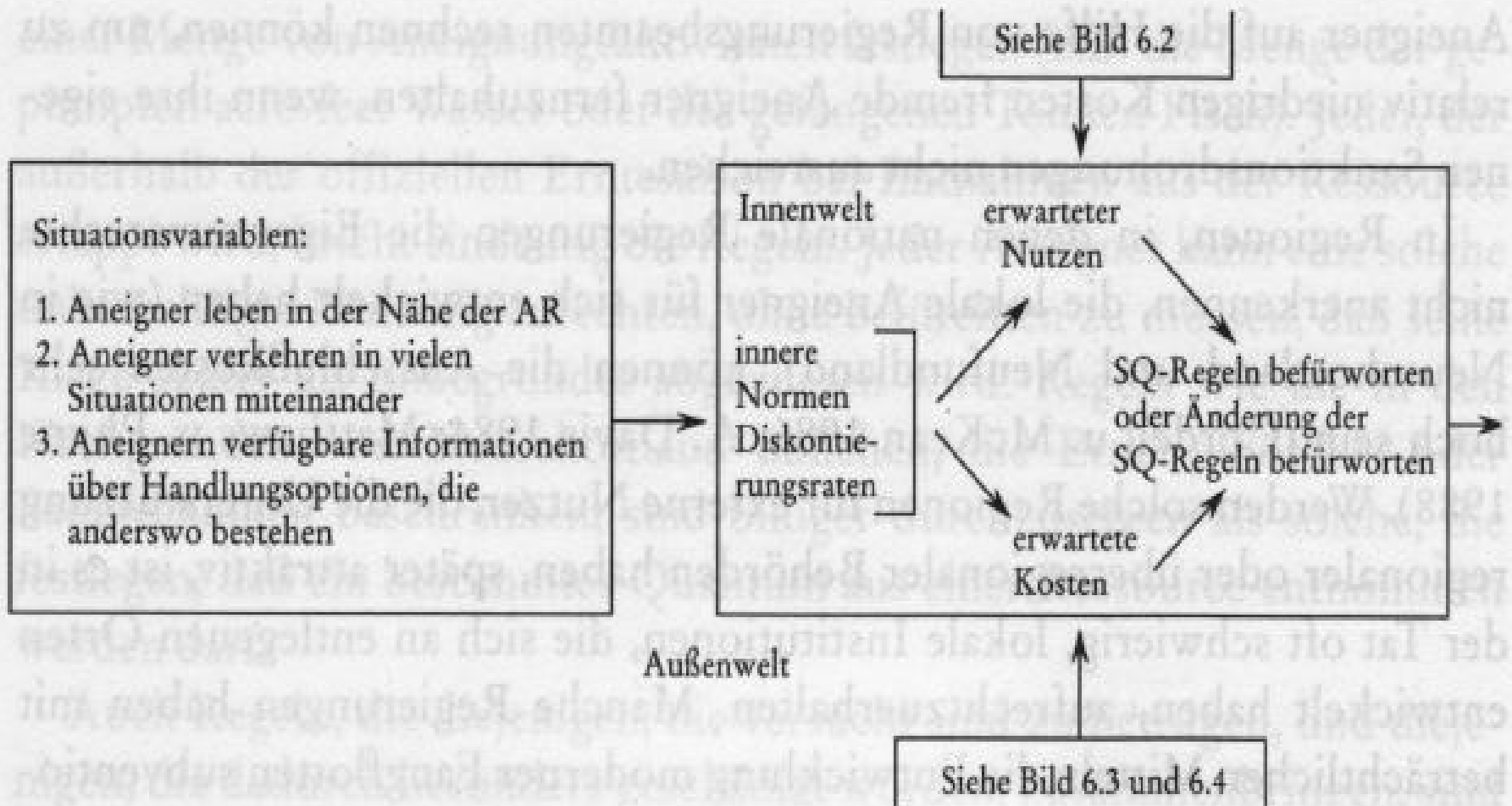


Bild 6.5. Situationsvariablen, die innere Normen und Diskontierungsraten beeinflussen

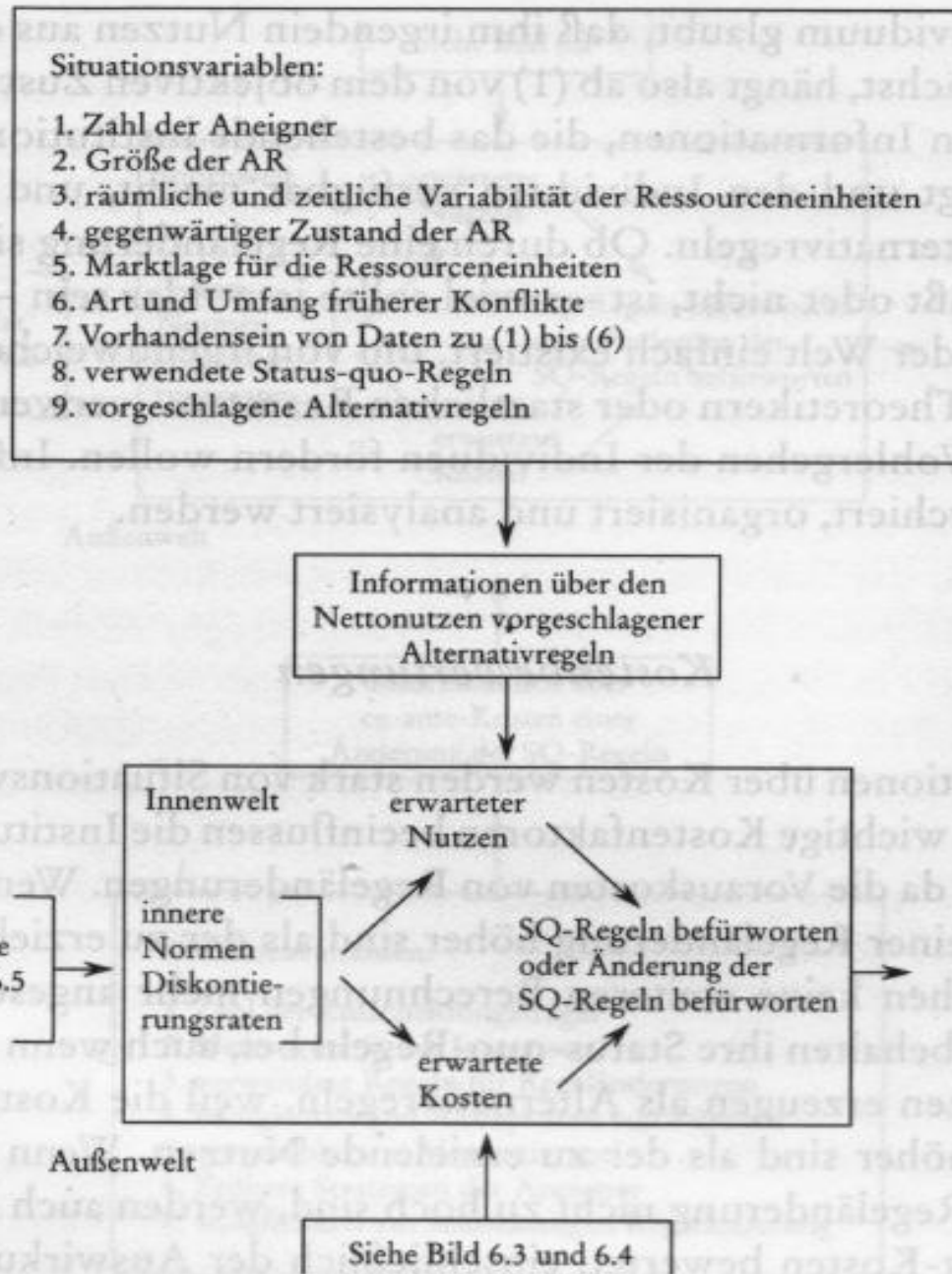


Bild 6.2. Situationsvariablen, die die Beurteilung des Nutzens einer Institutionenwahl beeinflussen

Ein Bezugssystem für die Analyse der Institutionenwahl

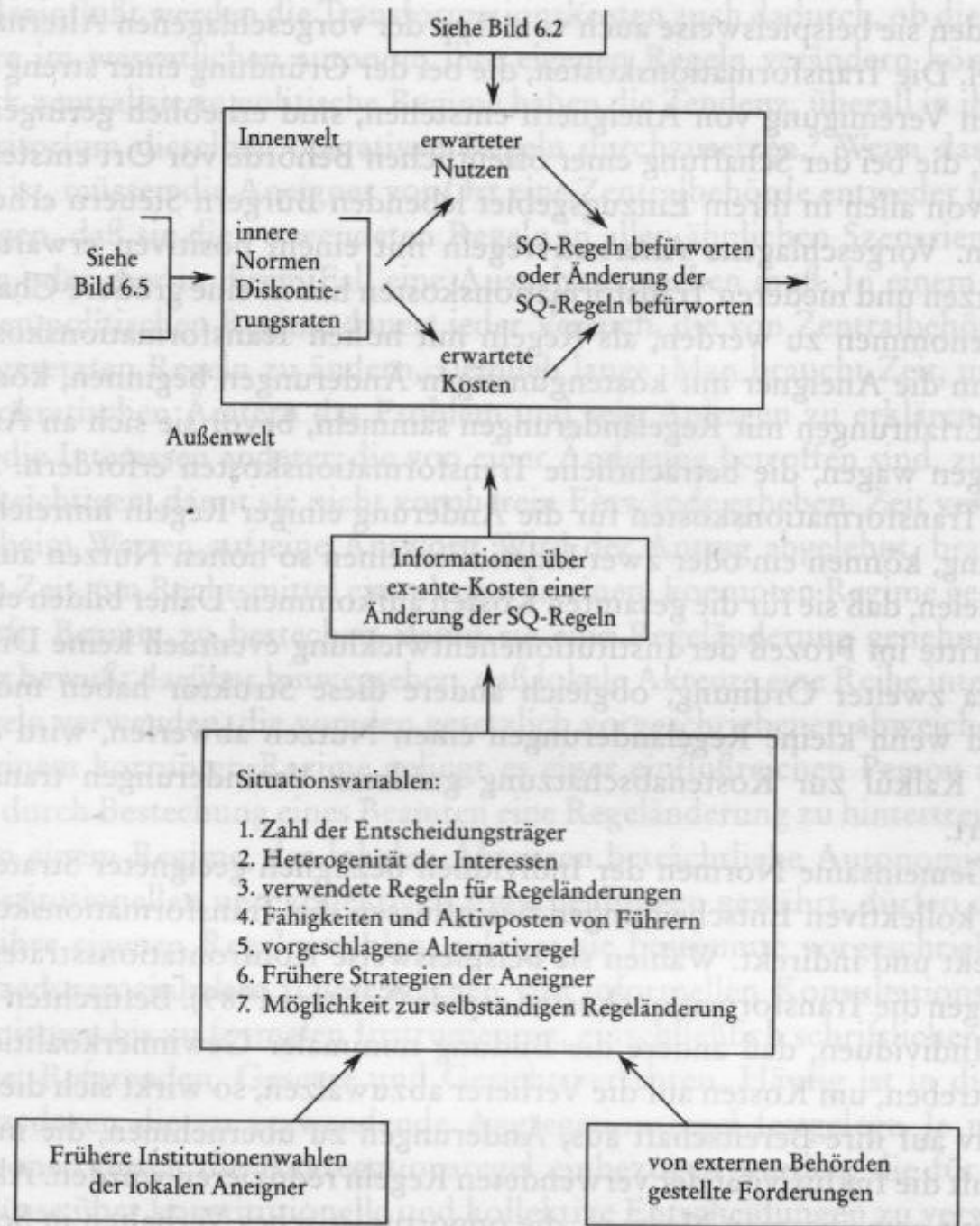


Bild 6.3. Situationsvariablen, die die Beurteilung der Kosten einer Änderung der Status-quo-Regeln beeinflussen

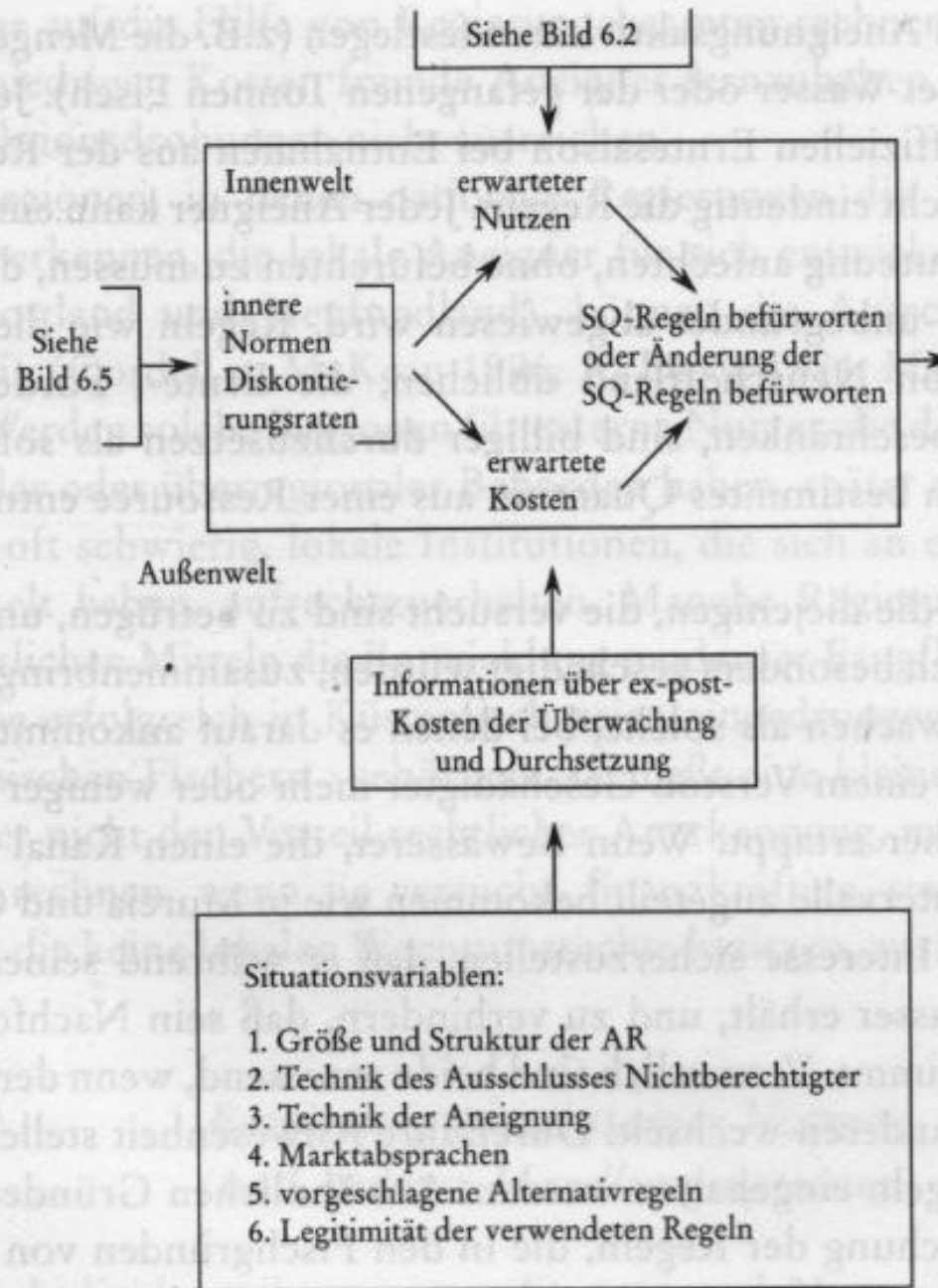


Bild 6.4. Situationsvariablen, die die Beurteilung der Überwachungs- und Durchsetzungskosten beeinflussen

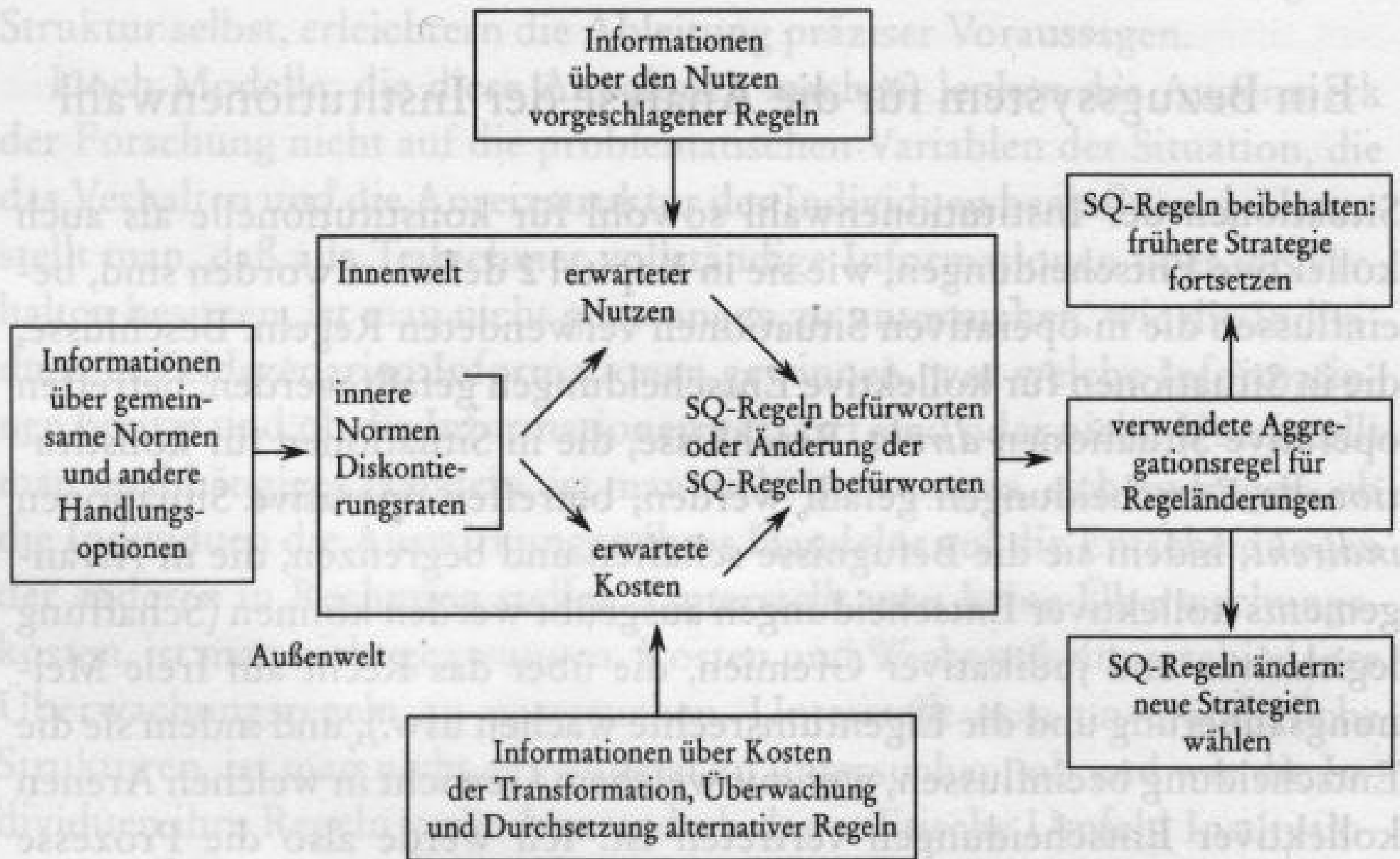


Bild 6.1. Übersicht über die Variablen, die die Institutionenwahl beeinflussen

Anerkennung und Vertrauen

Die Entscheidungsstrukturen (Regeln, Kontrollen, **abgestufte** Sanktionen etc.) müssen so beschaffen sein, dass die Mitglieder einer Gruppe sich gegenseitig anerkennen und Vertrauen in die Gruppe fassen können.

Das setzt voraus, dass es einen geschlossenen, überschaubaren und transparenten Raum gibt, in dem jedeR sich zurechtfindet und mitentscheiden kann.

Besondere Beachtung erfordern nach Ostrom Trittbrettfahrer, Drückeberger und Opportunisten, die die Atmosphäre stark beeinträchtigen können.

Gesetzliche Regelung von Entscheidungsstrukturen

Initiative - Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Altrechtliche Verein

Eingetragener (ideeller) Verein (e.V.)

Wirtschaftlicher Verein

Nicht eingetragener Verein

Eingetragene Genossenschaft (eG)

Kooperationsgesellschaft (mbH)

Stiftung

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Aktiengesellschaft (AG)

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Die deutsche Gesellschaft bürgerlichen Rechts (Abk.: GbR, auch GdbR oder BGB-Gesellschaft) ist eine Vereinigung von mindestens zwei Gesellschaftern (natürlichen oder juristischen Personen), die sich durch einen (nach Möglichkeit schriftlichen) Gesellschaftsvertrag gegenseitig verpflichten, die Erreichung eines gemeinsamen Zwecks in der durch den Vertrag bestimmten Weise zu fördern. (§ 705 BGB). Eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts ist eine Personengesellschaft.

Die GbR stellt die ursprüngliche und einfachste Form der Personengesellschaft im deutschen Recht dar. Die gesetzlichen Grundlagen sind im Wesentlichen in den §§ 705 ff. BGB geregelt. Die GbR bedarf mindestens zweier Gesellschafter sowie eines gemeinsamen legalen Zweckes. Sie kann die Namen aller Gesellschafter mit einem die GbR andeutenden Zusatz führen.

Die GbR führt als nichtkaufmännische Gesellschaft keine Firma im Sinne des Handelsgesetzbuches, da diese gem. § 17 Abs. 1 HGB den Kaufleuten beziehungsweise Handelsgesellschaften vorbehalten ist. Betreibt eine GbR Handelsgewerbe, so wird sie dadurch zu einer Offenen Handelsgesellschaft oder ggf. Kommanditgesellschaft.

Der eingetragene (ideelle) Verein

Der Verein bezeichnet eine freiwillige und auf Dauer angelegte Vereinigung von natürlichen und/oder juristischen Personen zur Verfolgung eines bestimmten Zwecks, die in ihrem Bestand vom Wechsel ihrer Mitglieder unabhängig ist.

Erste standesübergreifende Vereine wurden im deutschsprachigen Raum während des 18. Jahrhunderts gegründet. Es waren zuerst aufklärerisch gesinnte Vereinigungen, die sich der Pflege von Bildung und Kultur verpflichtet fühlten. Einer der bekanntesten Geselligkeitsclubs dieser frühen Phase war der 1749 gegründete Berliner Montagsclub. Später kamen die bürgerlichen LeseGesellschaften auf.

Das Aufblühen des modernen Vereinswesens ist eng mit der Industrialisierung verknüpft, als Menschen die starren ständischen Korporationen aufgaben, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben bislang geprägt hatten. Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden zahlreiche Vereine, „Gesellschaften“, Verbindungen und Bünde.

Die Genossenschaft

Die Genossenschaft ist ein über mehr als 2 Jahrhunderte im gesellschaftlichen Dialog erprobtes Grundmodell einer Entscheidungsstruktur vor allem für ökonomische Projekte. Sie stellt einen Zusammenschluss von natürlichen und/oder juristischen Personen dar, deren Ziel der Erwerb oder die wirtschaftliche, soziale und/oder kulturelle Förderung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb ist. Hierbei wird zwischen Verbraucher-, Bau-, Bank-, Absatz- und Produktionsgenossenschaften etc. unterschieden.

Sie zeichnet sich durch eine offene Mitgliederzahl aus, das heißt der Bestand der Genossenschaft ist unabhängig vom Aus- oder Beitritt der Mitglieder und ist Körperschaftsteuerpflichtig.

Als Rechtsgrundlage gilt das Genossenschaftsgesetz (GenG) von 1867 bzw. 1889.

In Deutschland ist etwa jeder 4. Bürger (insgesamt 22 Mio.), auf europäischer Ebene jeder 3. (140 Mio.) und auf globaler Ebene jeder 7. Erdenbürger (800-1000 Mio.) Genossenschaftsmitglied.

Struktur einer Genossenschaft

Mitgliederversammlung

(Vertreterversammlung,
möglich ab 1500 Mitgliedern)

Vorstand/Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Genossenschaftsverband

(Prüfverband)

Ein Verein hat nur die Mitgliederversammlung und den Vorstand. Die Genossenschaft hat zusätzlich den Aufsichtsrat, der ursprünglich zwischen den jährlichen Mitgliederversammlungen die Interessen der Mitglieder gegenüber dem Vorstand vertreten sollte.

Vertreterversammlungen sollten zugunsten von Ausschüssen oder Arbeitsgruppen vermieden werden. Der Genossenschaftsverband überwacht die wirtschaftlichen Aktivitäten der Genossenschaften.

Genossenschaftsprinzipien

Identitätsprinzip

Freiwillige und offene Mitgliedschaft

Demokratieprinzip

Förderprinzip

Rückvergütung

Beschränkte Kapitalverzinsung

Politische und konfessionelle Neutralität

Barzahlung

Bildungsarbeit

Das Identitätsprinzip

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften grundsätzlich zwei sonst durch den kapitalistischen Markt getrennte ökonomische Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - in einer Organisation vereint sind.

Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft und der Zeichnung von Geschäftsanteilen ist das Mitglied **finanzieller Träger** der Genossenschaft.

Das Mitwirken in der Generalversammlung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat ist nur einem Mitglied möglich und macht es damit zum **personellen Träger** der Genossenschaft.

Grundsätzlich ist das Mitglied auch der **Kunde** der Genossenschaft (Mitgliedergeschäft).

Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern sind prinzipiell als genossenschaftsfremd anzusehen. Will eine Genossenschaft Nichtmitgliedergeschäfte tätigen (z.B. Probekäufe zulassen), muss dies in der Satzung ausdrücklich festgehalten werden.

Das **Mitglied** produziert in der Genossenschaft oder lässt in der Genossenschaft Güter und Dienstleistungen für sich produzieren und kann damit **Produktdesigner, Auftraggeber und/oder Produzent** in der Genossenschaft sein.

Konsumenten werden so **Eigentümer, Entscheider, und Produzent**.

In Wohnungs(bau)genossenschaften werden die Mieter ihr eigener Vermieter und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - ihr eigener Hausverwalter, ja sogar ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - prinzipiell Auftraggeber bzw. Verwalter der Bank. Auch in Wasser- und Energiegenossenschaften sind solche Strukturen verwirklicht. Die Rolle des Konsumenten und des Produzenten verschmelzen miteinander.

Demokratieprinzip

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip der Genossenschaften jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile. Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchbrochen.

Anders als in Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Historische und aktuelle Beispiele zeigen allerdings, dass praktische Demokratie auch in den Genossenschaften wesentlich von der politischen Kultur der Mitglieder und Funktionäre abhängt.

Rückvergütung

Genossenschaften sollten nach Möglichkeit gegen den Kapitalismus gerichtete profitfreie Räume bleiben. Überschüsse sollten den Mitgliedern als Abnehmern ihrer Produkte oder Dienstleistungen in Form einer, an der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen orientierten Rückvergütung (nicht an den Geschäftsanteilen orientierten Rendite) zurückgegeben werden. Sie wurde 1812 erstmals in einer Genossenschaft praktiziert. Diese Rückvergütung (der Gewinn kommt ja durch zu hoch kalkulierte Preise zustande) ist auch heute noch steuerfrei, kann also vor Steuern vom Gewinn abgezogen werden. Die Rückvergütung ist gegenüber dem Fiskus ein Alleinstellungsmerkmal der Genossenschaften.

Doppelfunktion des Begriffs Genossenschaft

1. Anbieter- oder Produktivgenossenschaften werden von den Beschäftigten betrieben und produzieren „solidarisch“ für den kapitalistischen Markt. Sie sind allerdings auf der Anbieterseite dieses kapitalistischen Marktes dem Heuern und Feuern ihrer Konkurrenz ausgesetzt.
2. Abnehmer-, Konsum- oder Reproduktionsgenossenschaften werden von den Verbrauchern und den Beschäftigten gemeinsam betrieben. Produziert wird, was die Konsumenten brauchen. Mit ihnen können profitfreie Räume aufgebaut werden (da der Verbraucher bei seinem Einkauf ja keinen Profit erwirtschaften muss!).

Doppelfunktion des Begriffs Genossenschaft (1)

Erik Boettcher betont 1985, „daß das Wort Genossenschaft für zwei ganz verschiedene Inhalte steht, die miteinander gar nicht vereinbar sind.

1. Denn in den einen Falle soll durch Genossenschaften die Funktionsfähigkeit der Markt- und Wettbewerbsordnung erhöht werden und sollen die Wirtschaftssubjekte durch sie zu deren individuellem Nutzen in dieselbe integriert werden. [Anbietergen.]
2. In dem anderen Falle jedoch soll dieselbe Markt- und Wettbewerbsordnung mit Hilfe von Genossenschaften durch eine 'bessere' Ordnung ersetzt werden, und das wiederum zum eigenen individuellen Nutzen derselben Wirtschaftssubjekte. [Abnehmergen.]

Spätestens an dieser Stelle muß sich der unvoreingenommene Beobachter, von Zweifel befallen, fragen, ob da vielleicht irgend etwas nicht stimmt. Denn wir können doch nicht von ein und demselben einander widersprechende Wirkungen erwarten. Entweder stimmt das eine oder es stimmt die andere Aussage nicht, **oder aber es wird eben unter Genossenschaften etwas durchaus Verschiedenes verstanden.**“

Doppelfunktion des Begriffs Genossenschaft (2)

Selbst bei den **redlichen Pionieren von Rochdale** wurde nach der Übernahme einer großen Spinnerei eines Tages eine Dividende auf Einlagen gewährt (Huber), die aber später wieder abgeschafft wurde (Holyoake). Genossenschaften sollten nach Möglichkeit gegen den Kapitalismus gerichtete profitfreie Räume bleiben. Überschüsse sollten den Mitgliedern als Abnehmern ihrer Produkte oder Dienstleistungen in Form einer Rückvergütung zurückgegeben werden. Diese Rückvergütung (der Gewinn kommt ja durch zu hoch kalkulierte Preise zustande) kann vor Steuern vom Gewinn abgezogen werden kann. Sie ist steuerliches Alleinstellungsmerkmal der Genossenschaften gegenüber anderen Unternehmen.

Leider durchbrachen **Raiffeisen und Schulze-Delitzsch** wegen ihrer Klientel dieses Prinzip. Raiffeisen vertrat Landwirte, Schulze-Delitzsch Handwerker, die als Produzenten Genossenschaften gründeten und damit keine Abnehmer der Leistungen ihrer Genossenschaften waren. Überschüsse konnten hier nur als Dividende auf Geschäftsanteile (nach Steuern!) abgetragen werden, die ja zu einer internen Umverteilung führen.

Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006)

- Der Name „Genosse“ wurde durch „Mitglied“ ersetzt
- Senkung von sieben auf drei Gründungsmitglieder
- Zulassung investierender Mitglieder ggf. mit Mehrstimmrecht
- Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern wird ein Ein-Personen-Vorstand ermöglicht
- Genossenschaften unter 20 Mitgliedern brauchen keinen Aufsichtsrat
- Erlaubnis für den Prüfverband, im Einzelfall auch externe Prüfer, z.B. Steuerberater, einzusetzen
- Statt postalischer Einladung: Einladung über die Mitgliederzeitung
- Stimmrecht auf der Generalversammlung auch schriftlich oder elektronisch
- Satzungsänderungen, für die eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich ist, können nicht mehr durch eine Vertreterversammlung vorgenommen werden
- Durchschauprüfung bei kleinen Genossenschaften
- Geschäftsanteile sind Fremdkapital (zunächst nur Österreich)

Ausschüsse statt Vertreterversammlung

Seit 1926 und bis in die 90er Jahre konnten die Genossenschaften ab 1500 Mitglieder eine Vertreterversammlung einrichten, die die Mitgliederversammlung im wesentlichen ablöste, ab 3000 Mitgliedern war das Pflicht. Wegen der schlechten Erfahrungen mit Vertretern, die sich für alles und nichts zuständig fühlten, wurde die Pflicht ab 3000 Mitgliedern gestrichen, die Kannbestimmung ab 1500 Mitgliedern blieb jedoch bestehen.

Statt einer Vertreterversammlung, die die Genossenschaft verkrusten lässt, sollten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen eingerichtet werden. In Wohnungsgenossenschaften wäre das beispielsweise für folgende Aufgaben sinnvoll:

- Belegung
 - Finanzen/Preisgestaltung
 - Ökologie/Wärmedämmung/Heizen/Solarenergie
- Begrünung des Geländes, der Wände und der Dächer
 - Lebensmittelbeschaffung/Konsum
 - Soziales
 - Kultur

4. Entfaltung der Solidarwirtschaft

Erste Gründungen „neuer“ Genossenschaften

Während Elinor Ostrom vorwiegend Genossenschaften beschreibt, die **Ressourcen** verwalten, bildeten sich im Kapitalismus des 18. Jahrhunderts im Bereich der Daseinsvorsorge auch Genossenschaften heraus, die sich mit der Infrastruktur einer Ökonomie gegen den Kapitalismus befassten. Von folgenden Pionieren wird berichtet:

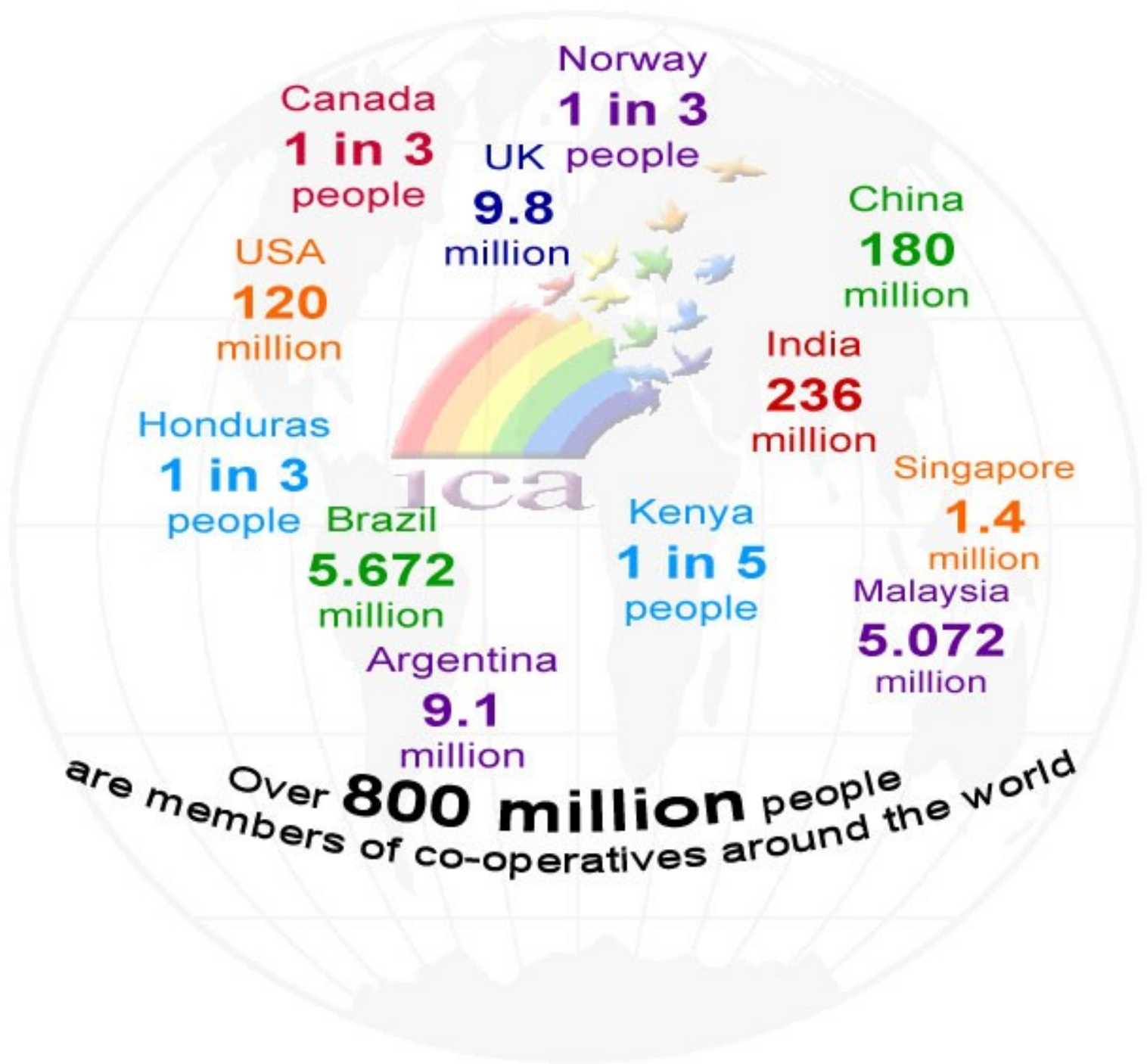
- 1760: **Werftarbeiter** von Chatham und Woolwich betreiben eine **eigene Mühle** und eine **eigene Bäckerei** um ihre Lebenshaltungskosten zu senken.
- 1769: **Weber** aus Fenwick in Schottland betreiben einen **gemeinsamen Wareneinkauf** für ihre Familien.
- 1777 bis 1800: Zwei schottische und eine englische **Lebensmittel-Assoziation** betreiben je einen **Laden**.
- 1812: In Lennoxton in Schottland gründet die *Friendly Victualling Society* die weltweit erste Genossenschaft mit einem **Rückvergütungssystem**, die **153 Jahre** existierte, bis sie 1965 mit einer Nachbargenossenschaft verschmolzen wurde.
- 1799 bis 1825: Robert **Owen** gründet in New Lanark, Schottland, zahlreiche kleine Arbeits- und Lebensgemeinschaften. Nach dem Verkauf zerfällt New Lanark.
- 1827: William **King** und William **Bryan** gründen im südenglischen Badeort Brighton die Co-operative Trading Association, die erste **konsumgenossenschaftliche Bewegung mit etwa 300 Genossenschaften**. Sie gaben die erste **Genossenschaftszeitung** den „**Co-operator**“ heraus. In den 1830er Jahren zerfiel die Bewegung wieder, weil sie den Genossen weder niedrigere Preise noch Rückvergütung anbot.
- 1832: **Weber** gründen in **Rochdale** auf der Basis von Kings Ideen die Rochdale Friendly Co-operative Society und eröffnen einen **Genossenschaftsladen**, der jedoch nach 2 Jahren wieder geschlossen werden musste. Sie hatten ihrer Kundschaft Kredit gewährt und dann selbst kein Geld mehr um Waren einzukaufen.

Rochdaler Pioniere

1844 wurde von 28 Webern, den *Redlichen Pionieren von Rochdale* (*Rochdale Society of Equitable Pioneers*), auf der Basis der Erkenntnisse aus ihren eigenen und ihrer Vorgänger Versuche mit einem gegenüber 1832 überarbeiteten Konzept ein neuer **Laden** eröffnet. In den ersten Jahren des Bestehens arbeiteten die Genossen ehrenamtlich. Erst als die Mitgliederzahl 600 überstieg (1848) wurden die **ersten Angestellten** entlohnt. 1849 wurde ein **Buch- und Zeitungsladen** eingerichtet, 1850 eine **Schule für Kinder** und 1855 eine **Schule für Erwachsene**. 1850 erwarb man Anteile an einer **Kornmühle**, die damit zum ersten **Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft** wurde. Eine **Baumwollspinnerei und -weberei**, eine **Schlachtere**i etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu.

Die Arbeiter, die sich mit verfälschten Produkten ernährt und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlten selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh. 1860 wurde auch eine **Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle** eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten selbstbestimmt verwaltet werden. Die Rochdaler Pioniere beschlossen deshalb die **Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben** und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens. 1865 waren es 6000 Mitglieder, die Rücklagen betragen 1,5 Mio Thaler. *The Rochdale Society of Equitable Pioneers* existierte unabhängig bis 1991, dann erfolgte der Zusammenschluss mit den in Rochdale ansässigen *United Co-operatives* und 2007 mit *The Co-operative Group* in Manchester.

Rochdale war Vorbild für alle weiteren Gründungen von Konsumvereinen und Genossenschaften, die sich weltweit ausbreiteten und heute insgesamt 800 Millionen bzw. Inzwischen wohl 1 Milliarde Mitglieder haben. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens).



Over **800 million** people are members of co-operatives around the world

Entfaltung der Genossenschaften in Deutschland

- 1845: Erste Gründungen von Konsumvereinen in Sachsen
- 1867: Verabschiedung des ersten Genossenschaftsgesetzes
- 1892: Die SPD untersagt ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Konsumgenossenschaften und auferlegt ihnen, Gründungen entgegenzutreten
- 1894: Gründung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) in Hamburg
- 1902: **Ausschluss der Konsumgenossenschaften aus dem Allgemeinen Verband von Schulze-Delitzsch durch die Produktivgenossenschaften**
- 1903: Deshalb Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK)
- 1905: a) Genossenschaften haben 1 Million Mitglieder
b) Gewerkschaften fordern erstmals auf, Genossenschaften zu unterstützen
- 1910: a) Auf dem Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen wird weltweit aufgefordert, Konsumgenossenschaften beizutreten und weitere zu gründen.
b) die SPD hebt das Verbot der Mitwirkung in Genossenschaften auf
- 1918-22: Beitrittswelle von etwa 1 Million Mitgliedern
- 1930: 3,5 Millionen Mitglieder, mit Familie etwa 10 Millionen versorgte Personen



„Frieda – wenn Deine Mutter ooch in's „Konsum“ kooft, wärste schon lange een kräftiges Kind - sag's ihr!“

LEO TOLSTOI

„Die Gründung und
Förderung von Konsum-
genossenschaften ist
die einzige soziale
Tätigkeit, die sich
einem moralischen
Menschen, der kein
Bedrucker seiner
Nächsten sein will,
in unserer Zeit ziemt.“

(Aus einem Briefe Leo Tolstois.)



Verbraucher macht euch wirtschaftlich frei!
Werdet Mitglied im
KONSUMVEREIN

VORWÄRTS

Die Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich

Der reaktionäre Mittelstand forderte die sofortige Auflösung der Konsumgenossenschaften als "jüdisch-marxistischer Machenschaften", was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise auf mehreren Ebenen:

- Das 1933 bereits erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3%,
- es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
- bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
- Neugründungen wurden verboten,
- eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,
- Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt,
- die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache.)
- in Pressekampagnen wurde der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftlern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
- 1934 Erlass des Kreditwesengesetzes,
- Einlagen mussten ausbezahlt werden,
- das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,
- das **Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben** wurde in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

Konsumgenossenschaften im Westen

Nach dem Dritten Reich hatten die Konsumgenossenschaften in der BRD mit vielen externen (aber natürlich auch internen) Problemen zu tun, die zum Teil auch mit dem „Wirtschaftswunder“ zusammenhingen:

- Weiterbestehen von Gesetzen des Dritten Reiches (Rabattgesetz (bis 2002) und Kreditwesengesetz)
- Neoliberalisierung des genossenschaftlichen Denkens und Handelns (etwa ab 1952)
- Einführen des Nichtmitgliedergeschäfts (Anbieterseite des kapitalistischen Marktes!)
- Aufnahme von Krediten (Kreditexpansion!)
- Erstarren der Konkurrenz durch amerikanische Supermärkte und amerikanisches Kapital
- Das steigende Lohnniveau machte die Mitgliedschaft in Genossenschaften überflüssig
- Für die - entsprechend dem steigenden Anspruchsniveau - stetig wachsende Produktpalette wurde die genossenschaftliche Entscheidungsstruktur zu schwerfällig

Konsumgenossenschaften im Osten

Die Behinderungen der Konsumgenossenschaften erstreckten sich in der DDR u.a. auf folgende Maßnahmen:

- 1949 wurde der "gesellschaftliche Einzelhandel" erstmals in den Volkswirtschaftsplan einbezogen.
- 1953 sollten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt, und damit quasi verstaatlicht.
- 1960 musste der genossenschaftliche Großhandel zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden,
- 1968 wurden Bäckereien (z.B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinate angegliedert.
- Der Konsum Berlin musste wichtige Objekte wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung abgeben.
- Die Konsumgenossenschaften sollten durch die staatlichen Handelsorganisationen (HO) abgelöst werden.

5. Aktuellere Projekte

(Projekte, die profitfreie Räume darstellen bzw.
sich ihnen nähern)

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Berlin e.V. (EVG)

Das **Ökodorf** hat in den 80er Jahren jedes Jahr parallel zur „Grünen Woche“ die **„Giftgrüne Woche“** veranstaltet, an der auch ich mitwirkte. 1982 waren drei Niedersächsische Ökobauern eingeladen worden, die in Berlin Abnehmer für ihre Öko-Produkte suchten.

Mit diesen Bauern bauten wir ab 1982 eine der ersten EVGen in Deutschland auf. Wir weiteten den Vertrieb schrittweise aus und standen schließlich auf **13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden** von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg unseren 850 Mitgliedern fast flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat. Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probeeinkäufe tätigen.

Weil wir für eine Professionalisierung des Unternehmens kein ausreichend qualifiziertes Personal finden konnten, stellten wir 1989, mit der Wende, den Betrieb ein.

Fazit: Die Initiative ging, nicht wie ehemals in Rochdale von den Verbrauchern, sondern von den Bauern, den Produzenten, aus, aber, und das wurde mit der EVG realisiert, **Produzenten brauchen in erster Linie solidarische Abnehmer, um nachhaltig und solidarisch produzieren zu können.**

VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG

Diese Verbrauchergemeinschaft wurde 1994 in Dresden als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden vier Läden. Der Verkauf erfolgt grundsätzlich nur an Mitglieder. Die Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.) erfolgt dabei über monatliche Mitgliederaufwendungen (Beiträge), weniger über Warenaufschläge. Dadurch wird ein weitgehend umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich. Die VG hat jetzt über 6.500 Mitglieder.

Das Anliegen der VG ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus der Region. Insgesamt wird sie von ca. 30 landwirtschaftlichen Betrieben der Region direkt beliefert.

Es gibt in den Läden ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Es dient zur Orientierung in den Läden und zur Stärkung der Grundgedanken der VG: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie der Verbraucheraufklärung.

Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkostgroßhändlern bzw. Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. Alle Produkte im Lebensmittelbereich, auch die nicht besonders gekennzeichneten, stammen aus ökologischer Produktion. Die Genossenschaft legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

Nichtkommerzielle Landwirtschaft (NKL)

Zunächst wurden Umsonstläden eingerichtet, die von Konsumenten auf Spendenbasis betrieben wurden. Auch der Karlshof, ein Bauernhof in Templin arbeitete nach diesem Prinzip. Aber solche Konzepte setzen zumindest mietfreie Räumlichkeiten bzw. pachtfreie Ländereien und ehrenamtliche Mitarbeiter voraus, die im neoliberalen Umfeld dauerhaft kaum zur Verfügung stehen.

Eine in diesem landwirtschaftlichen Umsonstprojekt Mitwirkende wunderte sich, dass auf der einen Seite die Produkte verschenkt werden, auf der anderen Seite aber mühsam versucht wird, Spenden einzutreiben.

Diese Spenden erlauben den Mitwirkenden nur ein recht prekäres Dasein. Statt der auf dem Karlshof mindestens benötigten monatlichen 1000 € kamen Spenden von insgesamt nur etwa 550 € zusammen.

Grenzen des Konzeptes zeigten sich u.a. auch, als man wegen der häufig wechselnden Personen auf dem Hof festgestellt hat, dass die Entscheidungsstruktur nicht ausreichend festgelegt ist.

Die Umsonstökonomie funktioniert möglicherweise nur mit Produkten, die nicht „verbraucht“ sondern problemlos kopiert werden können.

Wegen tiefgreifender persönlicher und inhaltlicher Konflikte sah das Kollektiv das Projekt Lokomotive Karlshof 2012 als gescheitert an.

Der Kartoffelanbau wird seitdem von Mitgliedern des Berliner Kartoffelcafés, der Abnehmer und Förderrunde des Karlshofs, ersatzweise weitergeführt

Selbsthilfeverein der Geringverdienenden und langfristig Erwerbslosen Pankow e.V.

Um die persönliche Isolation zu durchbrechen, Versorgungsgemeinschaften aufzubauen, Qualifikationen zu erwerben, sich billiger mit Lebensmitteln zu versorgen etc. wurde 2003 von Geringverdienern und Hartz-IV-Empfängern, dieser Selbsthilfeverein initiiert.

Er fördert Personen, die von Einkommensarmut, geringem Verdienst und Erwerbslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Er betreibt u. a. Projekte zur gegenseitigen Hilfe und zum Austausch, zu sozialen Problemen sowie zu Kunst und Gesundheit.

Der Verein verfügt über einen Gemeinschaftsgarten, indem Lebensmittel produziert werden. Er beteiligt sich jährlich am Langen Tag der Stadtnatur und steht mit vielen gleichartig engagierten Projekten (z.B. KuBIZ, Kartoffelcafé) im Austausch.

www.das-leben-wagen.org

Transition Town Initiative (TTI)

Ausgehend von der Erfahrung, dass die nationale und internationale Politik nicht entsprechend auf die Herausforderungen des Klimawandels und des bevorstehenden globalen Ölfördermaximums (Peak Oil) reagiert, haben im Rahmen der Transition Town Bewegung (etwa „Stadt im Wandel“) seit 2006 Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden der Welt begonnen, den geplanten Übergang in eine postfossile, regionalisierte Wirtschaft vorzunehmen. Initiiert wurde die Bewegung u. a. von dem irischen Permakulturalisten Rob Hopkins.

Die erste deutsche Initiative wurde in der Kreuziger Str. 19 in Berlin-Friedrichshain gegründet, aus der sich die Initiative SO36 im Weltraumladen in der Ratiborstr. 4 in Kreuzberg ausgegründet hat (die Kiezwandler). Sie hat eine Versorgungsgemeinschaft für Lebensmittel (CSA) eingerichtet und eine Obstbaumplantage auf dem ehemaligen Görlitzer Bahnhof angelegt.

Das Allmende-Kontor

„In Berlin gibt es inzwischen über 60 Gemeinschaftsgärten. Sie stellen und beantworten zentrale Fragen der Stadtgesellschaft: zu sozialer, kultureller und biologischer Vielfalt, Partizipation, Stadtökologie, Versorgung und Konsum, Bildung und Gesundheit. Für alle bestehenden und neuen Initiativen, für InteressentInnen und Akteure des gemeinschaftlichen Gärtnerns und der urbanen Landwirtschaft in Berlin, will das Allmende-Kontor eine Anlauf und Vernetzungstelle, Wissensspeicher, Lernort und ein Garten für alle sein. Seit April 2011 gedeiht der Garten zunächst als Zwischennutzung auf dem Tempelhofer Feld auf einer Fläche von 5000 m² mit über 300 Hochbeeten und 700 GärtnerInnen . Öffentlicher städtischer Freiraum wird hier durch gemeinschaftliche, kooperative Nutzung und Gestaltung als Allmende [Gemeinschaftsgut] ins Bewusstsein gebracht, erleb- und gestaltbar gemacht.“

Kerstin Stelmacher, 2012

Gemeinschaftsgärten und urbane Landwirtschaft in Berlin

Allmende-Kontor







Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft ist eine Form der Vertragslandwirtschaft, bei der eine Gruppe von Verbrauchern auf lokaler Ebene mit einem Partner-Landwirt kooperiert.

Die Verbraucher geben eine Abnahmegarantie (für 6 Monate oder ein Jahr) für die Produktion des Landwirtes und erhalten im Gegenzug Einblick und Einfluss auf die Produktion (zumeist biodynamisch oder anderweitig ökologisch). In einigen Fällen geben die Verbraucher dem Landwirt auch ein zinsgünstiges Darlehen, um den Aufbau des Hofes oder die Umstellung auf ökologische Produktion zu ermöglichen. Diese Partnerschaft unterstützt eine lokale Produktion und eine lokale Ernährung.

Das Konzept entstand in den 1960er Jahren in Japan, wo heute etwa ein Viertel der Haushalte an einem Teikei (dt. „Partnerschaft“) beteiligt sind. In den USA entwickelte sich die dort Community-supported agriculture (CSA) genannte Wirtschaftsweise jedoch unabhängig davon in einem Kreis um den biodynamischen Landwirt Trauger Groh und durch den aus der Schweiz eingewanderten Jan VanderTuin.

Berliner „CSA“-Projekte^{*)}

- Versorgergemeinschaft Löwengarten
- Gemüse-Versorger-Gemeinschaft Solidarische Wilde Gärtnerei
- Mühlengarten Selbstversorgung
- Bienenwerder
- Siebengiebelhof
- Hof Schwalbennest
- Melchhof bei Eberswalde
- Alte Mühle Gömnik
- Luch-Gärtnerei

In vielen Berliner Bezirken und Kiezen werden zur Zeit spezielle Verteilerstellen eingerichtet, in denen eine Gruppe von Verbrauchern die Verteilung der Produkte jeweils eines „CSA“-Hofes übernehmen. Ob sich daraus ein geschlossenes Vertriebsnetz aufbauen lässt, wird sich zeigen.

Während die VG's nur den Vertrieb der Lebensmittel organisieren und finanzieren, finanzieren die CSA-Projekte die Produktion und organisieren den Vertrieb ehrenamtlich.

^{*)} Community supported Agriculture

Dorfläden und Dorfladennetzwerk in Deutschland

In bereits rund 200 Ortschaften in Deutschland gibt es Dorfprojekte, die z. T. schon in den ersten zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben.

Über das Angebot von Milch und Käse hinaus helfen Jugendliche Senioren im Umgang mit dem Internet. Müttern dient das Ladenlokal als Treffpunkt. Schulkinder erhalten warmes Mittagessen.

Es entstehen Dorfgemeinschaftshäuser mit Einkaufs-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten.

Vorteile eines Dorfladens:

Arbeit und Geld bleiben in der Region

Produkte aus der Heimat

Einzigartigkeit der Produktpalette

gesunde und bewußte Ernährung

Verantwortung gegenüber der Natur

Qualität

kürzere Fahrwege

höhere Wertschätzung der Erzeuger

Steigerung der Attraktivität und Existenzsicherung des Ortes

Kommunikation

Vermittlung von Kenntnissen

Bürgerenergie Berlin eG

Wir sind ein freier, parteiübergreifender Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine zukunftsfähige, nachhaltige und demokratische Energiepolitik in Berlin engagieren. In unserer Genossenschaft hat jedes Mitglied eine Stimme – unabhängig von der Höhe seine Einlage. Wer sich mit uns für ein Stromnetz in Bürgerhand engagieren will, ist uns herzlich willkommen. Vattenfall erwirtschaftet mit dem Betrieb des Berliner Stromnetzes regelmäßig Millionengewinne. In der Hand der Berlinerinnen und Berliner werden die Gewinne regional wirksam.

Genossenschaft von unten

Die Initiative „Genossenschaft von unten“ hat sich im Februar 2008 mit Unterstützung der Berliner Mietergemeinschaft gegründet, als die

Unzufriedenheit der Mitglieder in vielen Berliner

Wohnungsgenossenschaften immer weiter zunahm, da diese sich immer stärker privaten Wohnungsunternehmen annäherten und die Nutzungsentgelte immer weiter stiegen.

In der Initiative haben Mitglieder aller

Wohnungsbaugenossenschaften die Möglichkeit, über genossenschaftsrelevante Themen und Erfahrungen zu diskutieren sowie sich in einer Gruppe für die „gute Sache“ zu engagieren. Ziel ist es, Mitgliederrechte und Demokratie in den Wohnungsgenossenschaften zu stärken.

Es wurden Vorschläge zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes erarbeitet und Mustersatzungen für Genossenschaften mit und ohne Vewrtreterversammlung erstellt.

Gottlieb Duttweiler und die Schweizer Migros AG bzw. eG

Duttweiler schwebte eine Verkaufsorganisation ohne Zwischenhandel vor: eine **direkte Brücke vom Produzenten zum Konsumenten**. Am 15.8.1925 gründete er zu diesem Zweck die Migros AG. Die "Brücke" wurde dabei zum Symbol und Markenzeichen der Migros. Mit einem Startkapital von 100'000 Franken kaufte Gottlieb Duttweiler fünf Ford-T-Lastwagen und bestückte diese mit sechs Basisartikeln (Kaffee, Reis, Zucker, Teigwaren, Kokosfett und Seife), die er zum Teil bis zu 40 % günstiger als die Konkurrenz anbot.

Damals ahnte noch niemand, dass mit diesen rollenden Verkaufswagen eine Fahrt von zeitgeschichtlicher Bedeutung für die Schweiz begann. Heute ist die Migros der grösste Detailhändler der Schweiz und zählt zu den 500 grössten Firmen der Welt.

Die Migros war anfänglich allen ein Dorn im Auge - den Parteien und Politikern, Gewerblern und Gewerkschaften. Einzig die Hausfrauen erkannten intuitiv, dass die Migros ihre Verbündete war. Das Haushaltsgeld hielt länger vor, wenn man in der Migros einkaufte.

1941 wird die Migros-AG in den Migros-Genossenschafts-Bund und regionale Migros-Genossenschaften umgewandelt.

Migros in der Schweiz

- Seit 1925 als AG, seit 1941 Genossenschaft. Heute über 2 Millionen Mitglieder
- Umsatz über 25 Milliarden Franken pro Jahr. 1% des Umsatzes (250 Mill. SFR) müssen für kulturelle Zwecke verwendet werden
- 84.000 Mitarbeiter (davon rund 60 % Mitarbeiterinnen)
- **Die Personalkosten bei der Migros betragen 22% des Umsatzes (Bei Aldi in der Schweiz sind es Schätzungen zufolge 3%)**
- Im Laufe der Jahre wurden Reiseunternehmen (1935), ein Giro-Dienst (1937), Klubschulen (1944), der erste Schweizer Selbstbedienungsladen (1948), ein Buchclub (1950), die Gelben Taxis (1951), eine Benzin- und Heizölgesellschaft (1954), die Migros-Bank (1957), eine Versicherungsgesellschaft (1958), das erste Schweizer Freizeit-Center etc. gegründet
- Migros ist in der Schweiz Marktführerin im ökologischen Bereich
- Hohe Sozial- und Umweltstandards (z.B. nur Produkte aus fairen verbindlichen Arbeitsverträgen, keine mit Luftfracht transportierten Produkte, keine gentechnischen Produkte)
- Angebot: Ob Kaffee, Sofas, Ferien oder Fussballschuhe, ob DVDs, Lidschatten, Büroklammern oder PCs, ob Fotoapparate, SIM-, Kredit- oder Theaterkarten - in der Migros finden Sie das alles und vieles mehr. Attraktives Basis-Sortiment für Wohnen, Essen und Schlafen, alles für den Hobby Heim- und Gartenwerker, alles für den Sport, Bücher, Musik, Filme, Software und Games, moderne Möbel, Wohnaccessoires und trendige Promotionen, Bürobedarf, Bürotechnik und Büromöbel, Frauen- und Herrenausstatter, Treib- und Heizstoffe

Neustart Schweiz (Initiator: P.M./Hans Widmer)

Neustart Schweiz hat mit dem Aufbau von vielfältigen Nachbarschaften und **Nachbarschaftszentren** begonnen, die als selbständige wirtschaftliche und soziale Organismen die wichtigsten Bedürfnisse des Alltags abdecken (Begegnung, Versorgung, Dienstleistung, Freizeitgestaltung). Das ökologische und soziale Potenzial solcher Nachbarschaften mit 500 bis 1000 BewohnerInnen ist erheblich.

Auf der Landseite werden komplementär **Agrozentren** eingerichtet, in denen die Bauern ihre Produkte zusammentragen, aufbereiten, abpacken und gemeinsam in die urbanen Nachbarschaftszentren transportieren können. Das Agrozentrum entwickelt sich ebenfalls zum sozialen und kulturellen Zentrum. Erste Erfahrungen mit diesen Zentren sind sehr positiv.

Neustart Schweiz schreibt dazu: „**Nachbarschaften und Bauernhöfe sind heute zwei »lose Enden« unseres Systems, die beide unbefriedigend funktionieren.** Bäuerinnen und Bauern möchten gerne für Verbrauchende produzieren, die sie kennen und von denen sie endlich Anerkennung für ihre Arbeit bekommen. Sie möchten von ihrer Arbeit und nicht von Direktzahlungen leben. Die Konsumentinnen und Konsumenten möchten wissen, woher ihre Nahrungsmittel kommen und sie möchten von den niedrigeren Preisen profitieren, die bei saisonal und lokal erzeugten Produkten ohne Zwischenhandel möglich würden - auch ohne Subventionen.“

Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosesola)

1967 als Transportunternehmen mit letztlich 127 Bussen gegründet.
1979 Konkurs, führt zur Umstrukturierung der Organisationsgrundsätze.

Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 2.000 Menschen mit 40.000 aktiven Cooperatistas und über 140.000 assoziierte Mitglieder zusammen, ohne dass ein Vorstand oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.

Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km um die Millionenstadt Barquisimeto. Wöchentlich werden rund 50.000 Familien mit rund 450 t Obst und Gemüse versorgt.

Ein eigenes Gesundheitszentrum versorgt monatlich 10.000 Menschen.

2009 wurde ein mit eigenen Mitteln (780.000 Dollar) errichtetes Krankenhaus eröffnet.

Kommunale Räte in Venezuela

Im Jahr 2006 wurde das Gesetz über Kommunale Räte verabschiedet und löste eine explosionsartige Gründungswelle dieser Räte (consejos comunales) aus. Entscheidungsorgan dieser Räte sind die Nachbarschaftsversammlungen. Alle BewohnerInnen ab dem 15. Lebensjahr wählen SprecherInnen für verschiedene Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur, die die Arbeit der Kommunalen Räte unterstützen. Mehrere kommunale Räte können sich zu einer Comuna und mehrere Comunas und Räte schließlich zu einer Kommunalen Stadt zusammenschließen. Es existieren aktuell etwa 50.000 Kommunale Räte. Sie bestehen in städtischen Gebieten aus etwa 200 bis 400, in ländlichen Gebieten aus 20 und in indigenen Gemeinden aus 10 Familien. Finanziert werden die Räte zunächst z.T. durch den Staat und seine Institutionen.

Die kommunalen Räte sollen bevorzugt die in Venezuela bereits bestehenden etwa 200.000 Kooperativen mit Aufträgen versehen, ja sie können sogar selbst Kooperativen gründen. Die Kooperativen haben damit eine beachtliche Zahl von Auftraggebern erhalten, die ihre Situation und die der gesamten Gesellschaft grundlegend stabilisieren können. Über sie werden die Verbraucherinteressen direkt in die Produktion eingebracht.

Fairnopoly

Im Kern ist Fairnopoly ein Online-Marktplatz: Man kann hier neue und gebrauchte Dinge kaufen und verkaufen. Darüber hinaus zeichnet sich Fairnopoly durch drei Kernelemente aus:

- **Ein Faires Unternehmensmodell**
 - Von anderen Online-Marktplätzen grenzen es sich dabei bewusst durch folgende Eigenschaften ab:
 - Genossenschaft 2.0
 - Konsequente Transparenz
 - Fairness nach Innen und Außen
- **Die Förderung von verantwortungsvollem Konsum**
 - Fair gehandelte Ware
 - Gebrauchte Artikel
 - Informationen zu verantwortungsvollem Konsum
- **Ein Beitrag zur Korruptionsbekämpfung**
 - 1% für eine fairere Welt
 - Spendenfunktion für transparente Organisationen
 - Modellfunktion

Sozioökologischer Verbrauchsindex I

Produkte einer solidarischen Ökonomie sollten nachfolgende Kriterien erfüllen:

1. Soziale Kriterien:

- Keine Menschenrechtsverletzungen (Zwangsarbeit, Gefangenearbeit)
- Keine Kinderarbeit
- Faire und verbindliche Arbeitsverträge
- Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
- Keine Diskriminierung des Geschlechts, des Alters, der ethnischen Abstammung, der Nationalität, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der politischen Meinung der religiösen und sozialen Herkunft.
- Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
- Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele
- Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und Verhandlung gefördert werden.
- Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden.
- Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.
- Keine Produkte aus widerrechtlichem Großgrundbesitz

Sozioökologischer Verbrauchsindex II

2. Nachhaltigkeitskriterien:

- Regional erzeugt
- Gentechnikfrei
- Mit dem CO2-Label gekennzeichnet
- Sparsame Verpackung, keine Mogelpackungen
- Produktinformation statt Werbung
- Optimierung der Energiesparmaßnahmen
- Nicht per Luftfracht transportiert
- Entsorgungsbedingungen

3. Ökonomische Kriterien:

- selbst- oder fremdfinanziert? (Eigenkapitalanteil)
- kein leistungsloses Kapitaleinkommen
(keine Betätigung auf den Finanzmärkten)
- Hohe Haltbarkeit der Produkte
- Reparierbarkeit

Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die Überwachung der Einhaltung dieser Kriterien. Diese immense Aufgabe kann nur mit Hilfe der jeweiligen Verbraucher vor Ort geleistet werden. Eine entsprechende Datenbank müsste aufgebaut werden.

Anmerkungen zur Gemeinwohloökonomie

- Ein Betrieb muss sich den Aufwand leisten können
- Es wird weiterhin Angebots- statt Nachfrageökonomie praktiziert
- Es erfolgt keine Ächtung der Bedarfsweckung
- Keine Ächtung des Kapitalertrages
- Der Verbraucher braucht nicht betriebs- sondern produktbezogene Informationen
- Fatales Beispiel: Fagor bei Mondragon
- Keine Berücksichtigung des Oppenheimerschen Transformationsgesetzes

Anmerkungen zur Postwachstumsökonomie

(orientiert am Postwachstumskongress in Berlin 2012)

- Keine Problematisierung der Angebotsökonomie
- Keine Problematisierung der Bedarfsweckung in Luxusregionen und der Bedarfdeckung in Mangelregionen
- Nichtberücksichtigung des Wachstums der Menschheit
- Nichteinbeziehung ehrenamtlicher, unter- oder nichtbezahlter Arbeit